

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Donnerstag, den 22. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die neue Zeit 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingelagert in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Liefer-Bezirk für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 2 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berühmungs-Kurzeln 30 Pf. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 24 Pf. Gebühre). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Spalten zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Fortbildungsschule.

II. Der Religionsunterricht.

Wie wir gestern schon meldeten, hat die Kommission für das Fortbildungsgesetz ihren Beschluß aus erster Lesung, eine halbe Stunde Religionsunterricht wöchentlich obligatorisch zu machen, in zweiter Lesung nicht aufrecht zu erhalten gemacht. Die Blauen haben sich in dieser Frage von den Schwarzen getrennt, weil ihnen der Religionsunterricht nicht so sehr wie ihren schwarzen Brüdern Selbstzweck ist. Immerhin ist die Gefahr, daß die Fortbildungsschulen durch die Einführung des Religionsunterrichts in außerordentlichem Maße entwertet werden, nicht vollkommen beseitigt. Man hat den Schwarzblauen das Komprimiß eingeräumt, daß der Religionsunterricht durch Ortsstatut fakultativ eingeführt werden kann. Daneben beharrt das Zentrum auf seiner vollen Forderung, die es in der ersten Lesung durchgesetzt hatte. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Frage des obligatorischen Religionsunterrichts in der zweiten Lesung des Abgeordnetenhauses erneut zur Debatte und Abstimmung gestellt wird. Wir fassen deshalb noch einmal die Argumente gegen die Einführung des Religionsunterrichts zusammen.

Das Religionskontingent von dreißig Minuten, ganz gleichgültig, ob es obligatorisch oder fakultativ, ob es landesgesetzliche oder ortstatutarische Bestimmung ist, ist pädagogischer Unsinn. Wir wollen hier nicht die Frage aufrollen, inwiefern der Religionsunterricht in der Schule überhaupt eine aus religiösen und pädagogischen Gründen gleich löbliche und wertvolle Belastung darstellt. Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich Gegner des Religionsunterrichts aus staatsbürgerlichen und pädagogischen Gründen, und wir kämpfen daher für die Abschaffung des Religionsunterrichts in allen öffentlichen Schul- und Erziehungsanstalten. Wir kämpfen besonders deshalb für die Beseitigung, weil der Religionsunterricht durch die vielen Stunden, die ihm eingeräumt sind, den anderen Unterrichtsfächern Luft und Licht raubt, ferner aber auch deshalb, weil er in seinen vielen Stunden dem kindlichen Geiste und Gemüte die grausamsten Vergewaltigungen zumutet.

Der halbzeitliche Religionsunterricht der Fortbildungsschule hätte weder die genügende Zeit zur Verfügung, noch ist das Schulmaterial so geduldig und fügsam wie das der Volksschule, um auch nur die äußerlichen Wirkungen des religiös-konfessionellen Religionsunterrichts der Volksschule zu erzielen. Wenn dieser Religionsunterricht in Ausnahmefällen eine innere Wirkung überhaupt ausübt, so liegt dies nur daran, daß besonders tüchtige und religiös veranlagte Lehrer durch ihre tägliche enge Fühlung mit den Schülern und durch die Anwendung ihrer religiösen Grundsätze auf ihr sonstiges Schulleben einen starken Einfluß auf die Kinder gewinnen. Diese Fälle sind aber schon in der Volksschule äußerst selten, in der Fortbildungsschule dagegen, in der der halbzeitliche Religionsunterricht von Geistlichen erteilt werden soll, die mit dem übrigen Schulbetrieb nichts zu tun haben, kann diese seltene Wirkung niemals eintreten. Wohl aber würde sich aus der ganzen Sachlage fast überall und jederzeit ungerufen die entgegengesetzte pädagogische Wirkung einstellen.

Sehr lästige Komplikationen würde die Durchführung des Religionskontingents in schulorganisatorischer Beziehung ergeben, auch dann, wenn der Religionsunterricht nach dem jetzigen Beschluß nur fakultativ durch Ortsstatut eingeführt wird. Und es ist zu befürchten, daß in allen Orten, selbst in großen Städten, in denen das Zentrum maßgebend ist, das Recht der religiösen Vergewaltigung der Fortbildungsschüler durch Ortsstatut voll ausgenutzt wird.

Wir folgen der überzeugenden Darstellung der Schwierigkeiten an einem praktischen Beispiel, das ein Praktiker, der Berliner Fortbildungsschuldirektor Fehner, in der von ihm redigierten „Fortbildungsschule“ gibt. Er macht darauf aufmerksam, daß die Fortbildungsschule in Rücksicht auf die Bedürfnisse des Gewerbes, in Rücksicht auf die vielfach und nebenamtlich beschäftigten Lehrer und in Rücksicht auf die anderweitige Besehung der Schulräume gezwungen ist, den Unterricht auf die verchiedensten Zeiten zu legen, und fährt dann fort: „Früh 7 Uhr beginnen drei Klassen des Metallgewerbes und drei kaufmännische Klassen ihren Unterricht, die nun zunächst einmal 30 Minuten lang religiöse Unterweisungen zu erwarten hätten. In den Klassen des Metallgewerbes sind evangelische und katholische Schüler beikommen, in den kaufmännischen Klassen sind außerdem noch jüdische Schüler vertreten. Sämtliche Klassen gehören verschiedenen Altersstufen an, weil die Rücksicht auf Handel und Gewerbe es fordert. Es müßte also schon aus diesem Grunde getrennter Religionsunterricht für jede Klasse besonders eingerichtet werden; denn an einen Massenreligionsunterricht für alle Altersstufen gleichzeitig etwa in einer Aula, die zudem hier auch nicht zur Verfügung steht, wird man ja wohl seitens der Freunde des 30 Minutenunterrichts immerhin noch nicht denken. Es müßten demnach für den Religionsunterricht am Morgen 6 evangelische, 6 katholische und drei jüdische Geistliche zur Verfügung stehen. Da aber 15 Klassenzimmer im Hause nicht vorhanden sind, so stehen wir bereits vor einer argen Schwierigkeit. Man könnte nun versuchen, die eine Hälfte am Schluß mit Religionsunterricht zu versorgen. Aber auch dazu reichen die sechs vorhandenen Räume nicht aus; denn wir brauchen einmal 7 und einmal 8 Zimmer.

Dazu kommt, daß die Kaufleute um 10 Uhr, die Metallgewerbetler aber um 1 Uhr schließen. Die Herren Geistlichen werden sich also nochmals im Laufe eines Vormittags zur Schule bemühen müssen. Sie dürfen es auch nicht weiter übelnehmen, wenn der Dienst am Nachmittag noch ein wenig bunter wird. Am Nachmittag beginnen nämlich um 2 Uhr 5 kaufmännische Klassen und 1 Klasse des Metallgewerbes. Das erfordert 6 Geistliche von jeder Konfession und 1 jüdischen Religionslehrer. Um 4 Uhr kommen 10 Klassen des Metallgewerbes, die zum Teil um 6, zum Teil um 7 und zum Teil auch erst um 8 Uhr schließen. Um 5 Uhr beginnen noch weitere 3 kaufmännische Klassen und 22 Klassen mit Metallgewerbetlern und mit ungelerten Arbeitern und endlich um 6 Uhr erscheinen noch einige Arbeiterklassen. Es müßten kurz gefaßt zur Verfügung stehen um 4 Uhr je 10 Geistliche für evangelischen und katholischen Religionsunterricht, um 5 Uhr 25 Herren für evangelischen, die gleiche Zahl für katholischen und 3 für jüdischen Religionsunterricht, um 6 Uhr je 3 für evangelischen bzw. katholischen Unterricht.“

Fehner gibt zwar zu, daß in kleineren Orten die Schwierigkeiten sich nicht in solchem Uebermaße einstellen würden; aber ohne die störendsten Unbequemlichkeiten in schultechnischer Beziehung wird es nirgends abgehen. Selbst dann nicht, wenn der Besuch der Religionsstunden für den einzelnen Fortbildungsschüler freiwillig sein würde. Abgesehen davon, daß die Freiwilligkeit von mancherlei Autoritäten doch zu einem Zwange gemacht würde; abgesehen auch davon, daß bei wirklicher Freiwilligkeit die Bänke in den Religionsstunden gähnend leer sein würden, so müßte der schulorganisatorische Apparat sich doch nach dem lästigen Eindringling, der Religionsstunden, richten. Durch das Ausschleiden der Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, käme noch mehr Unruhe in den Schulbetrieb als sonst.

Sollte trotz alledem die Schulreaktion in Preußen ihren Kopf durchsetzen und den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen wöchentlich 30 Minuten Religionsunterricht fakultativ oder obligatorisch zumuten, so wird es die proletarische Jugend nicht sein, die den Schaden davon trägt. Den Proletariatskindern wird Religion schon durch den Schulunterricht derartig zum Verdruß und Schrecken, daß sie sich nur unter dem Schulzwange diese Quälerei gefallen lassen. Der Zwang, der offene Gefühle wie der heimtückische durch Ortsstatut, kann auch den Fortbildungsschülern diese Quälerei weiter zumuten. Aber der Zwang vermag nicht mehr wie beim Kinde das eigene Denken zurückzuhalten, zumal es durch die Kollegen in der Werkstatt und in der Jugendbewegung, durch die Lektüre, durch das eigene Nachdenken, durch Vorträge und Diskussionen außerhalb der Schule von früh bis spät wach erhalten und angeregt wird. Da wird es denn ein munteres Fragen in den dreißig Minuten geben! Wenn der wackere Geistliche sich und seine Sache nicht um den letzten Rest von Kredit bringen will, so muß er den Fragen Antwort stehen. Wir beneiden die helläugigen und schlagfertigen jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen geradezu um die anregenden Frage- und Antwortmühen, die sie mit ihren Geistlichen in den halbzeitlichen Religionsstunden durchmachen werden, besonders, wenn sie nicht verfehlen, sich in der Pausenzeit, von Religions-Halber Stunde zu Religions-Halber Stunde, auf die zweckmäßigsten Fragen und Antworten und auf die Fragen bei Freund und Kollegen, durch Vortrag und Buch verständnisvoll vorzubereiten. Sei, mag da mancher arme Pfarrer Blut schwitzen, wenn ihm seine kritischen jungen Zuhörer recht gründlich einheizen! Und wie frisch und munter werden bei dieser Art Religionsunterricht den Geistlichen die letzten Helle der kirchlichen Ueberlieferung, die sie bis dahin bei den jungen Leuten noch voraussetzen durften, von dannen schwimmen.

Schließlich gibt es gegen die kirchliche Verdummung, die man gegen die Fortbildungsschüler plant, noch ein radikales Mittel, auf das schon unsere Genossen im Landtage hingewiesen haben: den Austritt aus der Landeskirche. Bisher erfolgte dieser Austritt nur in recht bescheidenem Maße, weil sich die Agitation dafür vorzugsweise an die Erwachsenen wandte, die aus Ueberlieferung und Bequemlichkeit sehr häufig verabsäumen, formell einen Schritt zu tun, den sie in Wirklichkeit selbst längst getan haben.

Anders wird aber die Sachlage, wenn der Austritt aus der Landeskirche für die Jugendlichen zu einer Art Kundgebung gegen die Unfreiheit der Jugendlichen in Preußen im allgemeinen, gegen ihre Glaubens- und Gewissensunterdrückung im besonderen wird.

Die Jugendlichen im Fortbildungsschulalter befinden sich gerade in der kritischen Lebensperiode, die mit revolutionärem Feuer gegen die Götzen und Autoritäten des bisherigen Lebens Sturm läßt! Und wenn die junge Garde sich zu allem Ueberflus durch den Austritt aus der Kirche noch von einer halben Stunde langweiligen Schulunterrichts befreien kann, so wird sie mit besonderem Vergnügen und in hellen Scharen der Aufforderung zum Austritt folgen.

Die schwarzblaue Reaktion will durch die Einführung des Religionsunterrichts in die Fortbildungsschule in letzter Linie und am empfindlichsten die Arbeiterklasse treffen. Wollen die Herren Grafen und Pfaffen dies Tänzelein wagen — mögen sie's sagen, wir spielen ihnen auf!

Die Niederlage des Klerikalismus in Oesterreich.

„Ein Tag der Geschichte dämmert heran, wenn die Nacht entwichen und der Wahltag herangedrochen ist! Am Morgen sind sie noch mächtig, die christlich-sozialen Bedrücker Wiens; aber wenn der Tag zu Ende geht, wenn der Abend kommt, da die Stimmen in den Urnen gezählt werden, am Abend des Wahltages kann der Götze im Staube liegen, am Abend des Wahltages können sie alle zu Boden gestreckt sein, alle vom Grimme des Volkes ins Mark getroffen! Welche Aussicht eröffnet sich dem sehnennden Blicke! Ein Aufatmen wird durch die Stadt gehen, wenn sich die Hoffnungen erfüllen, die der Wahltag erweckt; ein freudiges, glückliches Aufatmen, daß Wien befreit ist und gereinigt von der schwarzen Dentesch! An den Jubel denkt, der am Abend die Stadt durchschauert wird, wenn ihr am Tage fechten geht; denkt an die Freude, die uns abends allen blüht, wenn ihr am Tage kämpft! Und dann wird uns alle Mut beleben und die Energie wird sich anspannen zur letzten Kraftanstrengung; wahrlich, der große Preis ist aller Opfer wert! Es wird gelingen, wenn alle zusammenhalten, und so muß es gelingen!“

So schrieb die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ am Tage der Stichwahl: Es ist gelungen und heute kann unser Bruderorgan unseren Genossen, deren jahrelange, zähe und geduldige Arbeit Oesterreich von dem Alpdruck der wässrigen klerikalen Demagogie befreit hat, triumphierend verkünden: „Nicht etwa bloß besiegt, nein, zertreten, zerstampft, ausgerottet sind die Christlichsozialen. Derselben Christlichsozialen, die vor der Auflösung als unangreifbar, unerschütterbar dastanden.“

Diese Niederlage des Klerikalismus ist es, die den österreichischen Wahlen ihre internationale politische Bedeutung verleiht. Es geht herab mit der klerikalen Geistesherrschaft. In Frankreich ist die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt; in Portugal hat sich das Volk erhoben und die klerikalen Unterdrücker zugleich mit der Dynastie aus dem Lande gejagt; in Spanien selbst ist die herrschergewohnte Kirche in die Defensive gedrängt; in Belgien steht die klerikale Herrschaft vor ihrem Ende. Am wichtigsten aber war für den Klerikalismus doch seine Machtstellung in Oesterreich. Und nirgends schien sie fester verankert; war es doch hier gelungen, nicht nur die rückständigsten agrarischen Schichten des platten Landes aller Nationen, sondern sogar das Bürgertum der deutschen Städte den Nachtgelüsten der Klerikalen dienstbar zu machen. Und gerade die Wiener schienen dem alten Klerikalismus neue und junge Kräfte, seine streitbarsten Vorkämpfer zu stellen. Nun ist das zu Ende, nun ist die Partei, die im früheren Reichsrat stolz als Reichspartei auftrat, die über das Reich hin die Herrschaft der Kirche auszubreiten gedachte, von ihrer Höhe herabgestoßen und zählt weniger Abgeordnete als die Sozialdemokratie, die heute die einzig wirkliche Reichspartei ist, wie sie es in Oesterreich durch ihren internationalen Charakter von jeher allein gewesen ist.

Aber nicht nur bei den Deutschen Oesterreichs, auch bei den Tschechen Mährens, wo die Klerikalen bisher die stärkste bürgerliche Partei waren, sind sie vollständig aufs Haupt geschlagen worden. Ist der Klerikalismus im katholischen Oesterreich auch heute eine immer noch gefährliche Macht, so ist er doch nicht mehr ausschlaggebend. Das ist er heute nur noch in einem Lande Europas — im „protestantischen“ Deutschland. Es ist die Freiheit des deutschen Bürgertums, das immer wieder dem Zentrum zur einflussreichsten Stellung hilft, aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Wäre es den deutschen Liberalen wirklich Ernst um die Befreiung vom Zentrumsjoch, das österreichische Beispiel lehrte sie ja die Regel, den Feind zu schlagen. Die Christlichsozialen sind erlegen, weil das Bürgertum Wiens und der Alpenländer immerhin wenigstens so viel Mut aufgebracht hat, die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen als das kleinere Uebel zu wählen und sich nicht durch den österreichischen Weismann — in die Sammlung für die Reaktion hineintreiben zu lassen.

Aber freilich, in den Sudetenländern, in Böhmen, Mähren und Schlesien zeigt sich ein anderes Bild. Da triumphiert das bürgerliche Klasseninteresse über alle bürgerliche Ideologien. Hier sind die industriellen Verhältnisse entwickelt und die Arbeiterklasse erscheint der Bourgeoisie als größte Gefahr. Deshalb haben sie zusammengestanden als einige reaktionäre Masse und haben in Rumburg den Christlichsozialen Ferkel gegen unseren Genossen Hannich zur Wahl verholfen. Es ist das erste Mal, daß Böhmen einen Christlichsozialen wählt, und diese Schande verdankt es den Deutschfreihüligen, deren Führer bereit war, was sie in Böhmen getan, in ganz Oesterreich zur Durchführung zu bringen.

Dieses Zusammengehen der Bürgerlichen im Verein mit dem Terrorismus der Fabrikanten erklärt zur Genüge, daß wir diesmal in den Sudetenländern alle Mandate, die wir nicht ganz aus eigener Kraft besessen hatten, verloren haben. Nun, das eröffnet günstige Aussichten für die Wiedereroberung. Und wenn es die Partei anspornt, die Arbeit an der Ausgestaltung der Organisation und vor allem der

Presse noch intensiver zu gestalten, so wird der vorübergehende Verlust sich in dauernden Gewinn verwandeln.

Was wir in den Sudetenländern an Mandaten verloren, haben wir durch die Gewinne im übrigen Reich größtenteils wieder hereingebracht. An Mandaten nicht nennenswert schwächer, aber neugestärkt durch diesen schweren Wahlkampf, als Besiegerin des klerikalen Todesfeindes, so zieht die österreichische Sozialdemokratie in den neuen Reichsrat.

Die Demission Weiskirchner's.

Wien, 21. Juni. (Privattelegramm.) Der christlichsoziale Handelsminister hat die Konsequenzen aus seinem doppelten Durchfall und der Niederlage seiner Partei gezogen und die Demission überreicht. Die Demission wird wahrscheinlich angenommen und Herr Weiskirchner in das Amt für abgebaute Politiker, ins Herrenhaus, berufen werden. Auch wird Herr Weiskirchner wahrscheinlich reichsdeputierter Gouverneur einer Großbank werden. Um sich diesen fetten Posten nicht entgehen zu lassen, hat er ja seinerzeit die Nachfolgerschaft Zuegers als Bürgermeister abgelehnt.

Das Wahlergebnis.

Wien, 21. Juni, 12 Uhr 40 Min. nachts. Von 516 Abgeordneten sind bisher endgültig 446 gewählt und zwar: Deutsch-Freiwirtschaftliche 104 gegen 79 in allen Hause, Sozialdemokraten 80 gegen 87, bürgerliche Tschechen 82 gegen 84, Christlichsoziale 76 gegen 96, Bukowinaer Ruthenen 5 gegen 5, Rumänen 5 gegen 5, Aldeutsche 4 gegen 3, Jüdischer Klub 1 gegen 3, Wilde 6 gegen 4. Beim Polenklub, den Italienern, Südslawen und galizischen Ruthenen sind noch Wahlergebnisse ausstehend.

Die Bilanz der bisherigen Wahlen ergibt folgendes Resultat: Die Deutschfreiwirtschaftlichen gewinnen 31 und verlieren 6 Mandate. Die Christlich-Sozialen gewinnen 4 und verlieren 24. Die Sozialdemokraten gewinnen 23 und verlieren 27. Die bürgerlichen Tschechen gewinnen 6 und verlieren 8. Die Polen gewinnen 4 und verlieren 3. Bei den Südslawen ist keine Veränderung. Die galizischen Ruthenen verlieren ein Mandat. Die Bukowinaer Ruthenen und die Rumänen erhalten ihren früheren Besitzstand von 5 Mandaten. Die Italiener gewinnen ein Mandat. Die Aldeutschen gewinnen ein Mandat. Die Tschechisch-Nationalen verlieren zwei Mandate. Die Parteilosen gewinnen zwei Mandate. Der Deutschnationale Verband, der früher 79 Abgeordnete zählte, setzt sich jetzt aus 104 Mitgliedern zusammen. Diese teilen sich in 56 Deutschfreiwirtschaftliche, einschließlich des Abgeordneten Kuranda, 21 Radikale, 24 Agrarier und drei Mitglieder der neuen (gelben) Deutschen Arbeiterpartei.

Preßstimmen.

Wien, 21. Juni. Die liberalen Blätter bezeichnen den Ausfall der gestrigen Wahlen in Wien als Remerk für die Sünden der Christlichsozialen. Die Wirkung der Katastrophe werde weit über Wien und die Gegenwart hinausreichen. Durch die Verschlechterung der Christlichsozialen sei eine Latsche geschaffen, welche für die weitere Politik der Monarchie und für die Verwaltung des Staates und des Landes grundlegend werden müsse. Gestern habe die wirtschaftliche Parole, das freisinnige Bürgertum, gesiegt. Das Organ der Christlichsozialen, die „Reichspost“, und das klerikale „Waterland“ geben die Hauptschuld den Deutschnationalen, die den Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten verbunden in den Wahlen gefallen seien. Die „Reichspost“ gibt auch fernerhin die Sache der Christlichsozialen nicht verloren. Das offizielle „Fremdenblatt“ verzeichnet die durch die Wahlen eingetretene Verschiebung in den Parteien und sagt: Heute erübrigt sich nur, die Latsche festzustellen, daß für den Ausgang der Wiener Wahlen nicht die allgemeinen politischen Gesichtspunkte entscheidend gewesen sind, von denen die Parlamentarier geleitet wird, sondern die speziellen Wiener Verhältnisse, die sonst nur bei städtischen Wahlen die Entscheidung herbeiführen und herbeiführen sollen. Das Blatt hofft, daß sich die staatszerstörerischen Parteien nach der Höhe des Wahlkampfes daran machen werden, das Problem der Arbeitsfähigkeit des Hauses zu lösen, was nur durch ihren Zusammenstoß zu erreichen sei.

Germanisierende Generale in Elsaß-Lothringen.

Man schreibt uns aus dem Elsaß:

Eine eigenartige Eingabe ist dieser Tage dem kaiserlichen Statthalter in Straßburg zugegangen. Es ist ein feierlicher Protest des Gemeinderats der Stadt Mülhausen i. E., gegen die Verlesung und Herabwürdigung der Stadtverwaltung und Bevölkerung Mülhausens, die sich die Militärbehörden der Garnison Mülhausen gelegentlich der letzten Flugveranstaltungen ohne jeden auch nur im entferntesten berechtigten Anlaß zuzuschreiben kommen ließen. Gemeint ist der Oberheinsche Zuverlässigkeitsflug mit seiner Etappe Mülhausen vom Sonntag, den 21. Mai d. J., wo der Garnisonälteste Generalmajor Schmandt ausnehmend ausbrach, welches die freigegebenen Stadtväter von Mülhausen auf Kosten der Steuerzahler im dortigen Zentralhotel veranstalten wollten — dem Lokal, in welchem sich seinerzeit die französischfreundlichen Kundgebungen des „besseren“ Spießbürgerpublikums nach dem Vortrage der Marschälle durch eine deutsche Militärkapelle ereigneten: die sogenannte Affäre Wegelin. Der eifrigschweizerische Lebemann Wegelin, welcher die konzertierende Militärkapelle in dem öffentlichen Restaurationskafé des Zentralhotels durch eine besondere Geldspende zum Vortrag der vom Publikum demonstrativ applaudierten Marschälle veranlaßt hatte, wurde damals ausgewiesen und über das Zentralhotel der Militärkapelle verhängt, der erst nach Monaten mit der Ausweisung wieder zurückgenommen wurde. Jetzt, anlässlich des Flugmeetings vom 21. Mai, zu welchem der ehemalige Seefahrer, spätere Automobil- und gegenwärtige Flugsport-Protector Prinz Heinrich erwartet wurde, dachte der sozialisteneinige Gemeinderat der Stadt Mülhausen durch ein solennes Verbrüderungessen zwischen Zivil und Militär gerade im Zentralhotel zur „Versöhnung der Gegensätze“ die fatale Affäre Wegelin, welche viel böses Blut gemacht hatte, aus dem Gedächtnis auszulöschen. — In dem Herr Generalmajor verstand den Spießfall. Das Anbieten des mit der Militärbehörde namens der Stadt verhandelnden Lokalkomitees auf Veranstaltung dieses gemeinschaftlichen Dinners im Zentralhotel wurde schroff abgelehnt,

und dazu gefaselt sich der Schimpf der Abweisung der beiden beliebten Zivilkapellen für den Flugtag unter Berufung darauf, daß das Flugfeld „militärstrafisches Gelände“ sei. Dabei hätte der Gemeinderat bereitwillig das eventuelle Defizit des Flugmeetings auf Stadtkosten übernommen und zu diesem Zwecke, ungedenkt des sonstigen stereotypen Geizers über die städtische Finanznot, die angeblich die notwendigsten Volksschulreparaturen verhindert, einen Kredit von 20 000 M. bewilligt!

Die Erregung unter den Stadtvätern, die durch die Lokalpresse ohne Unterschied der Parteirichtung ob ihrer traurigen Rolle gegenüber dem wütenden Offiziersstiefel gebührend geschildert wurden, kann man sich ohne Mühe vorstellen. In ihrer schon erwähnten Resolution, die in der Sitzung vom 1. Juni unter wilden Ausfällen gegen die so unerträglich konfliktklärende Militärbehörde einstimmig gefaßt wurde, heißt es weiter:

Dieses Verhalten der Militärbehörden verschärft die schon bestehenden Gegensätze leider nur noch mehr, vereitelt alle Versuche zur Herbeiführung eines friedlichen Zusammenlebens der Zivilbevölkerung mit dem Militär und bildet eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens. Der Gemeinderat lenkt die Aufmerksamkeit der obersten Militärbehörde auf diese Mißstände und erwartet, daß die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, um ähnliche Zwischenfälle zu verhindern und ein gutes Einvernehmen zwischen Bevölkerung und Garnison zu gewährleisten. Der Gemeinderat erwartet, daß der Stadtvater und Bevölkerung seitens der Militärbehörden, welche die unliebsamen Zwischenfälle verschuldet haben, in irgend einer annehmbaren Form Genugtuung geleistet werde, widrigenfalls er sich leider gezwungen sehen würde, die entsprechenden Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Diese Mißsicht mit Kriegsandrohung ist jetzt, nachdem man in der Aufregung bei der Beschlussfassung vergessen hatte, aber ihren Weg Bestimmung zu treffen, von dem dieserhalb in der Lokalpresse erneut angerempelten Bürgermeister nach fast dreiwöchigem Ueberlegen mit einem stenographischen Bericht über die einschlägige Debatte im Gemeinderat an den kaiserlichen Statthalter in Straßburg geschickt worden, der dadurch in eine nicht lässige Verlegenheit gesetzt worden ist. Was soll er damit tun? Soll er vom Generalkommando des 14. Armeekorps in Karlsruhe, zu dessen Kommandogeteilt die Garnison in Mülhausen i. E. gehört, Bericht einfordern? Soll er sich deshalb an den Kriegsminister in Berlin wenden? Was ist dabei anderes zu erwarten, als leere formelle Auskünfte wie die erwähnte Nebensart vom „militärstrafischen Gelände“? Wird er die Eingabe unter eigener Verantwortung hinter irgendwelche leere Formalität wieder zurücksenden, ohne sie weitergegeben zu haben? ... Der Militärstaat wird sich wohl hüten, dem Militärabsolutismus auf die beim „Loch von Velfort“ doppelt empfindlichen Hilferufen zu treten. Und ein Landesparlament, in welchem die Regierung zu Erklärungen über ihre Stellung gegenüber dem provokatorischen Verhalten von Garnisonbefehlshabern genötigt werden könnte, besitzt Elsaß-Lothringen in der Praxis noch nicht. Es soll erst im Spätherbst gewählt werden. Der Landesauschuss aber ist heimgeschickt.

Eine praktische Folge hat dieser für die hyperbolische spießbürgerliche Stadtverwaltung wie für den aufreizenden Offiziersstiefel gleich blamable Mülhauser Militärkonflikt immerhin gehabt: der nach dem Muster anderer Städte auf die Initiative der Frau Statthalterin, der Gräfin von Bedel, zum Westen eines elsäß-lothringischen Krüppelheims — wie die offizielle Einfindigung lautet — für die Mitte dieses Monats in Mülhausen geplante Karziftenstag ist ebenfalls verfallen. Man mußte ihn, „besonderer Umstände halber“ auf unbestimmte Zeit verlegen. Die Sozialdemokratie hatte unter Anführung ihrer grundsätzlichen Stellung gegenüber der Klassenheuchelei dieser Blumentage in Presse und Versammlung von vornherein dagegen Stellung genommen und die Arbeiter zur Nichtbeteiligung aufgefordert. Dazu kam die Erbitterung des Spießbürgertums über die erwähnten Vorgänge beim Flugmeeting. Eine Anzahl größerer Vereine, deren Vorstände die Mitwirkung in Aussicht gestellt hatten, zog die Zusage zurück. Und in dem sonst in dem Verkehr mit kaiserlichen Behörden außerordentlich zahnigen Organ der liberalen Großbourgeoisie, dem Mülhauser „Ezprez“ war — wir übersehen wörtlich — zu lesen:

„Unser guter Wille hat zu wenig Widerhall gefunden. Wir sind genötigt, die Hand, die wir zur Ausöhnung dargeboten hatten, wieder zurückzuziehen. Wir werden fortfahren, unsere Bürgerpflichten zu erfüllen, aber wir werden es den Generalen überlassen, Flugmeetings zu organisieren und für den Ertrag der Karziftenfeste zu sorgen; es wird sich dann bald zeigen, welche Resultate sie erzielen. Vom Kriegsminister erwarten wir den Schritt, der unsere künftige Haltung regiert.“

Der Kriegsminister? Er wird sich wohl in Acht nehmen, den germanisierenden Generalen in Elsaß-Lothringen in den Arm zu fallen. Sie sind fleisch von seinem Fleische. Sie sind Früchte vom gleichen Baum, sie sind Träger des gleichen Systems — eines Systems, das zu dem kultivierten „Zivilpakt“ nicht nur in dem eroberten Lande Elsaß-Lothringen, sondern auch in Alt-Deutschland in schroffem Gegensatz steht. Wenn das Zivilpakt mit St. Militarismus einen Verkehr auf gleichem Fuße will, so muß es schon ernsthaft dazu übergehen, ihm die Kredite abzuschneiden! Ein Sturm im Glase Wasser wie die antimilitaristische Spießbürgerrevolte in Mülhausen i. E., die so viel von sich reden macht, kann bei allem rabiaten Gebaren nur herzlich wenig helfen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Juni 1911.

Agrarische Interessenpolitik.

Es gibt kaum ein einziges Gesetz in Preußen, das nicht den Stempel junkerlicher Unversorgtheit an sich trägt. Mag der Grundgedanke einer Gesetzesvorlage auch an sich ein guter sein, die preussischen Junker verleben es meisterlich, es so zu gestalten, daß für ihre Klasse etwas dabei abfällt. Wohl noch niemals hat es in irgendeiner gesetzgebenden Körperschaft eine Clique gegeben, die so rücksichtslos von ihrer Macht Gebrauch macht und so raffiniert ihre Geschäfte zu besorgen versteht, wie die ostelbischen Großgrundbesitzer.

Das zeigte sich wieder am Mittwoch bei der Beratung des Ausführgesetzes zum Reichsgewerbesteuergesetz im Abgeordnetenhaus. Nach monatelangen Verhandlungen im Plenum und in der Kommission hat die Mehrheit selbst aus dieser Vorlage ein Gesetz zugunsten des Großgrundbesitzers gemacht. Der Sinn und Geist des Reichsgesetzes ist ihr völlig gleichgültig; sich zu bereichern, ist ihr einziges Ziel, und dies Ziel verfolgen sie mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre. Gäßen sie sich nur noch einen Funken von Schamgefühl, dann hätten sie bis ins Innerste ihres Herzens ertönen müssen, als die Redner der Linken, insbesondere Genosse Dr. Liebknecht, ihnen ihr Sündenregister vorhielt. Aber jede Kritik läßt sie kalt, mit einer Sandbewegung sehen sie sich in dem Gefühl ihrer Macht, die das Dreiklassenwahlrecht ihnen verleiht, über alles

hinweg, begierig, ihre Beule so schnell wie möglich nach Hause zu tragen. Wer die Junke nicht kennt, der könnte die Unverschämtheit, mit der sie den Gutsbesitzern wieder einmal Vorteile auf Kosten der Gesamtheit zuzuschützen wußten, für Naivität halten. So unschuldig geben sie sich, und für so selbstverständlich halten sie es, daß die Gesetzgebung in ihrem Dienst gestellt wird. Unser Redner beschränkte sich natürlich nicht auf eine scharfe Kritik der agrarischen Begehrlichkeit, sondern er bemühte sich auch, positiv mitzuarbeiten und das Gesetz zu verbessern, einmal in der Richtung der Wahrnehmung der Interessen der Gemeinden, und zweitens in der Richtung einer Beseitigung der landesfürstlichen Steuerfreiheit. Allerdings ohne Erfolg, so daß den Sozialdemokraten schließlich nichts weiter übrig blieb, als das durch und durch agrarische Gesetz abzulehnen.

Am Schluß gab es wieder eine Geschäftsordnungsdebatte. Herr v. Brandenstein möchte durchaus seine Verschlechterung der Geschäftsordnung noch in dieser Session durchsetzen, während die Abg. Dr. Friedberg, Fischel und Girsch (Berlin) statt dessen lieber den Wahlrechtsantrag beraten wissen wollen. Zu einer Entscheidung kam es noch nicht. Vorläufig will man am Freitag das Groß-Berliner Zweckverbandsgesetz einer Kommission überweisen und dann kleinere Vorlagen beraten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Wahlrechtsantrag am Montag auf die Tagesordnung kommt.

Das Herrenhaus gegen die Zwangsverbände.

Am Mittwoch hat das Herrenhaus das allgemeine Zweckverbandsgesetz erledigt. Auch dieses Gesetz ist abgeändert worden und muß den Passionsweg durch die Kommission und das Plenum des anderen Junkerhauses noch einmal antreten. Die Debatte der Erklärungen beschäftigte sich fast nur mit der Bestimmung über die zwangsweise Vereinigung widerstrebender Gemeinden zu einem Zweckverbande. Die Oberbürgermeister erklärten sich durch ihren kaiserlichen Kollegen, Herrn Weltmann, einmütig gegen diesen Zwang. Professor Löning-Halle machte darauf aufmerksam, daß nach der Landgemeindevorordnung die steuerkräftigste Stadt im Verbandskreis das Kommando haben müßte, und er wandte sich scharf gegen die Möglichkeit, daß die Polizei zur Herrin der Städteverwaltung eingesetzt werde. Der Polizeiminister trachtete natürlich, das Gesetz recht harmlos als eine Art Landgemeindevorordnung in verbesserter Auflage erscheinen zu lassen, Herr Weltmann erklärte aber rumbheraus, daß auf die bloßen Versprechungen des Ministers nichts zu geben sei, und was er über die planmäßige Städtefindlichkeit der preussischen Gesetzgebung sagte, kann jedermann nur betrachten. Wenn nur das Bürgertum endlich die Folgerungen aus der ziellosen Agrarherrschaft ziehen wollte, von der gleichzeitig im anderen Hause bei der junkerlich-ultramontanen-nationalistischen „Wahlreform“ für den westfälischen Provinziallandtag wieder ein starkes Stück geleistet wurde. Herr Weltmann forcht sich mit und beschwor sogar — o Schreck! — das Gespenst der Reform des höheren Hauses herauf. Und Herr Rive, das Stadthaupt des Polizeiparadieses Halle, beantragte gar, das ganze Gesetz in den Ort zu stoßen. Immerhin hatten die Anstrengungen der Herren den Erfolg, daß die zwangsweise Verbandsbildung dann ausgeschlossen wird, wenn ein Beteiligter die gemeinsamen Aufgaben fördert, indem er die Mitbenutzung einer kommunalen Anstalt durch die anderen Zwangsverbandskandidaten gegen Entschädigung gestattet. Angenommen wurde auch ein Antrag Rive, daß die Städte und Landgemeinden des Groß-Berliner Verbandes nicht unter das Gesetz fallen. Sie bleiben also von weiteren Zweckverbänden frei.

In der namentlichen Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit 59 gegen 45 Stimmen angenommen. Mit den Oberbürgermeistern stimmte auch Graf Posadowsky dagegen, der übrigens auf dem Leipziger Wohnungskongress zwar gegen die Streckung der Förderung des Volkswohnungsbaues aus den Groß-Berliner Verbandsaufgaben gesprochen, im Herrenhaus aber der Verhandlung und Abstimmung über den Antrag Abides ferngeblieben war.

Nach Erledigung von kleineren Vorlagen und Petitionen vertrat sich das Herrenhaus auf heute Donnerstag. Größere Vorlagen sehen nicht mehr auf dem Programm.

Zur Reichsfinanzlage.

Der gestrige Jahresabschluss der Reichshauptkasse hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, für das Rechnungsjahr 1910 einen Ueberschuß von 117,7 Millionen Mark ergeben.

Hauptbestandteile des Ueberschusses sind: ein Mehr an Zoll- und Steuereinnahmen von 57,5 und an Einnahmen aus dem Bankwesen von 3,6 Millionen Mark, ein Mehrüberschuß der Reichspost von 19,7 und der Reichseisenbahnen von 11,8 Millionen Mark, eine Minderausgabe bei der Reichsschuld von 9,9, beim Meer von 4,7 und bei der Marine von 1,6 Millionen Mark. Dazu treten erhöhte Ausgleichungsbeträge mit 3,9 Millionen Mark. Ungünstiger als der Voranschlag stellt sich nur der Abschluß der Reichsdruckerie mit einem Ueberschuß von 1,5 Millionen Mark.

Aus dem Reiche des Herzogs von Arenberg.

In Lüdninghausen, dem Reiche des Herzogs von Arenberg, herrscht große Freude. In einem Extrablatt der „Lüdninghauser Zeitung“ wird dem Volke kund und zu wissen getan, daß Prinz Adalbert von Preußen und 20 Kapitänleutnants dem Herzog einen Besuch abstatten werden. Im Juli soll gar auch noch Prinz Heinrich eintreffen. Aus diesem Anlaß wird es im Reiche des Herzogs hoch hergehen. Das Extrablatt verkündet nämlich:

Für den Nordkirchener Aufbruch, während der Prinz Heinrich-Jahrt (6. Juli) wird der ganze Kreis Lüdninghausen vom Herzog zu Gast geladen, ähnlich wie es bei Gelegenheit des Einzuges der herzoglichen Herrschaft in das Nordkirchener Schloß der Fall war. Damals waren 12 000 Menschen auf der Festwiese, die in einem Jahrmarkt umgewandelt war. Diesmal wird jeder Nordkirchener Wirt im Sternbusch ein Wirtzelt zur Verfügung gestellt bekommen, in welchem er an jeden Getränke nach Belieben auskocht. In zwei besonderen Zelten kann sich jeder Besucher, von wo er auch komme, an belegten Brötchen und dergleichen stärken. Das alles kostet dem Publikum nichts. Es wird demüthet auf Kosten der herzoglichen Kasse. Ein Viereremmen wird die Schau- und betrieblieben und gleichzeitig für Landwirte und Sportsleute von besonderem Interesse sein. Militärmusik wird konzertieren. Die hohen Herrschaften werden sich das Schauspiel natürlich erst recht nicht entgehen lassen. So kommt hoch und niedrig auf seine Kosten. . . .

Am Schluß heißt es dann weiter:

Im August steht dem herzoglichen Hause und Nordkirchener ein außergewöhnlich freudenvolles Fest bevor; die beiden herzoglichen Prinzen gehen in der Pfarrkirche zum ersten Male zum Tische des Herrn. In dieser heiligen Feier werden die beiden Bischöfe von Münster bei der Herzogfamilie zu Gast sein. Die Gemeinde rüht sich auch schon zu diesem hohen Tage mit Eifer. Eine neue Kirchenorgel ist bereits in Auftrag gegeben worden und man erhofft ihre rechtzeitige Fertigstellung.

Panam et circumas (Wort und Zirkelspiele)! Im korrupten alten Rom boten die Reichen, die noch öffentlichen Ehren und Ämtern trachteten, dem Lumpenproletariat Brot und Zirkelspiele, um sich die Gunst der Masse zu sichern. Der vielmillionenreiche Reichstagsabgeordnete Herzog von Arenberg scheint dieses Verfahren der reichen Römer ganz praktisch zu finden. Daß er in den Kreisen der Zentrumsblätter mit solcher Nachahmung römischer Sitte Erfolg haben wird, daran zweifeln wir nicht. Das hohe ethische Selbstbewußtsein, das die Kerisalen „Vollstreckler“ den Massen der Zentrumsblätter in jenen Gegenden beizubringen gewußt haben, bürgt dafür.

Der Segen der Wucherzölle.

Wir haben bereits auf die wahnwitzige Güter-Spekulation hingewiesen, die namentlich den Osten Preußens ergriffen hat, seitdem die Wucherzölle die Preise des Bodens so stark in die Höhe getrieben haben. Und schon hat die Spekulation erreicht, daß die Güterpreise noch stärker in die Höhe getrieben worden sind, als es den erhöhten Getreidepreisen entspricht. Wirkt ja in derselben Richtung wie unsere agrarische Wirtschaftspolitik auch die blödsinnige preussische Polenpolitik, die die Güterpreise durch die Verschleuderung von Hunderten Millionen Steuergeldern noch weiter hochtreibt.

Das Gesagte wird bestätigt durch ein ostpreussisches Provinzialblatt, die „Ermländer Zeitung“. Es konstatiert zunächst, daß besonders in den Kreisen der mittleren Güterbesitzer eine wilde Jagd nach Verdienen, Kaufen, Verkaufen und Umlegen ausgebrochen sei und fährt dann fort:

„Jeder ist überzeugt, daß der Krach, der Rückschlag einmal kommen wird. Und doch beizt sich jeder, den Vorteil aus der gegenwärtigen Lage für sich herauszuschlagen; wenn ich nur noch meinen Beutel fülle, laß dann der andere sehen, wie er fertig wird, so denken die meisten. Tatsächlich stimmen alle verständigen Landwirte darin überein, daß die gezahlten Preise mit den Erträgen der Güter in gar keinem Verhältnis stehen. Gewiß werden jetzt durch verbesserte Kultur, Drainage, künstlichen Dünger, Meiereiwirtschaft, veredelte Pferde- und Rindviehzucht ungleich höhere Erträge herausgewirtschaftet als vor 30 und 20 Jahren; aber auch die Löhne, die Abgaben, die Steuern, die Aufwendungen für Gebäude sind erheblich gestiegen; wenigstens klagten alle Landwirte darüber in der besprochenen Weise. Trotz aller Kultur und gesteigerter Preise wird man in Ostpreußen aber so leicht nicht andere Früchte vom Felde ernten als Weizen, Roggen, Hafer usw., und die Preise für Weizen, Roggen und Hafer richten sich nicht nach den Güterpreisen in Ostpreußen, sondern werden vom Weltmarkt bestimmt: Die Getreidepreise der beiden letzten Jahre standen in grossem Widerspruch zu den hohen Güterpreisen, und die Maul- und Klauenseuche trug auch nicht dazu bei. Einzig die Konjunktur die Nachfrage auf dem Gütermarkt erklärt also die hohen Güterpreise, und die Nachfrage ist wieder künstlich gesteigert durch das Auftreten der kapitalistischen, staatlichen und halbstaatlichen Landgesellschaften, die auf eine Verzinsung ihrer Kapitalien nicht zu sehen brauchen und von vornherein auf den Wiederverkauf ausgehen.“

Ja, der Krach wird kommen. Und dann wird die „Landwirtschaft“ wieder in Not erklärt werden und eine Erhöhung der Getreidezölle gefordert werden, um dieser Not abzuhelfen. Unterdessen werden sich ein paar hundert Leute immens bereichert haben auf Kosten der darbenenden Massen. Und diese Agrarierbande schreit dann noch über das mobile Kapital und die Börse und treibt wahrlich mindestens ebenso toll und noch gemeingefährlicher.

Die Notlage der „Nordd. Allg. Ztg.“

Unser Dementi des amtlichen Dementis wird jetzt — überflüssigerweise — durch ein Londoner Telegramm der „Frankf. Ztg.“ bestätigt. Danach druckt die englische Presse ohne Bemerkung die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ über Macdonald ab. Aber obwohl man Kommentare vermeiden, sei ersichtlich, daß die plumpe offiziöse Abwehr konservativer Velleitungen Aufsehen oder mindestens Belustigung erregt. Die Unhöflichkeit der „Nordd. Allg. Ztg.“, die in dem Ausdruck liegt, der Kaiser habe „keine Entwendungen“ gegen Herrn Macdonalds Einladung erhoben, hätte um so mehr vermieden werden müssen, als diese Darstellung des Sachverhalts gar nicht richtig sei. Der Kaiser habe nämlich die Anwesenheit des Führers und eigentlichen Organisations der englischen Arbeiterpartei nicht bloß gebilligt, sondern davon eingehend Notiz genommen. Herr Macdonald sei das einzige eingeladene Mitglied des Unterhauses, jedenfalls von den bekannteren Volkstimmen, gewesen. Der Kaiser habe ihn nach dem Frühstück in ein Gespräch gezogen, das sich nicht auf ganz gleichgültige Bemerkungen beschränkt haben könne, da es mit öffentlichem Interesse geführt wurde und schon durch seine Länge Aufsehen machte. Macdonald würde übrigens schwerlich erschienen sein, wenn er nicht Grund gehabt hätte zu vermuten, daß sein Kommen nicht nur gebilligt würde, sondern sogar erwünscht sei.

Nun wird wohl die „Deutsche Tageszeitung“ lapieren, warum die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ es vorzieht, auf unseren Vorwurf der Unwahrheit demütig zu schweigen.

Hebrigens häufen sich diese falschen Darstellungen in letzter Zeit gar zu oft. Warum hat denn der preussische Kultusminister z. B. die falsche Darstellung im Fall Dubrowski noch immer nicht richtig gestellt? Oder gehört diese, sagen wir mal, freie Behandlung der öffentlichen Meinung zu den Grundregeln, worin die Mitglieder der Regierung Wettkampf homogen sein müssen?

Gegen die Ley Wagner.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine wurde nach einem Referat von Dr. Wilde-Breslau über die Forderung der Strafflosigkeit der Gerichtsberichterstattung und weiter über die verschärften Vorschriften in den §§ 189 bis 193 des Reichsstrafgesetzbuchs, der sog. Ley Wagner, einstimmig eine Resolution angenommen, in der für die Presse der Ley des § 193 gefordert und erwartet wird, daß in der Strafrechtsnovelle die Strafflosigkeit wahrheitsgetreuer Gerichtsberichte ausdrücklich festgelegt wird, und ebenso eine zweite Resolution betreffend die Ley Wagner (Verschärfung der Verleumdungsstrafe), in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß bei der dritten Lesung des Gesetzes die in der zweiten Lesung gefassten Beschlüsse wieder aufgehoben werden und dieser Teil der Strafrechtsnovelle abgelehnt wird, sowie, daß alle Bestrebungen der Presse, die Möglichkeit des Wahrheitsbeweises zu beschränken oder ganz abzuschneiden, nachdrücklich zurückgewiesen werden. Ebenso einstimmig Annahme fand auch nach dem Referat des Redakteurs A. Giesen-Frankfurt a. M. eine Resolution über die Forderung der reichsgesetzlichen Regelung des Strafvolzuges. Der Verband ersucht hierin seinen Vorort, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß, solange nicht durch eine reichsgesetzliche Regelung des Strafvolzuges Abhilfe geschaffen wird, durch Bundesratsverordnung zum mindesten das Recht der Selbstbefreiung, Selbstbeschäftigung und des Zogens eigener Kleider den Verhafteten gewährleistet wird.

Linienkajüte oder Kaiserjacht?

Seit Jahren kann man hören, daß die jetzige Kaiserjacht „Gohenzollern“ veraltet sei und modernen Ansprüchen nicht mehr

genüge. Alle Gerüchte über den Bau einer neuen Jacht hatten aber zur Folge, daß, besonders in der sozialdemokratischen Presse, auf die enormen Kosten hingewiesen wurde, die der Bau eines solchen Luxusdampfers erfordere und die natürlich von den deutschen Steuerzahlern zu tragen seien. Jetzt scheint man die an bestimmter Stelle gehegten Jachtwünsche auf andere Weise befriedigen zu wollen. Wie unser Kieler Parteiblatt berichtet, wird nämlich das im März auf der Reichswerft vom Stapel gelassene Linienkajüte „Kaiser“ als Plottenkajüte eingerichtet. Zugleich wird in dem Schiff ein für Wilhelm II. bestimmter Saal nebst für dessen Aufenthalt sonst noch notwendigen Räumlichkeiten eingebaut. Da Wilhelm die Anlage dieser Tage zu beschließen gedenkt, haben eine Menge Handwerker und Arbeiter seit einiger Zeit mit aller Intensität daran gearbeitet, die Ausstattung der Räumlichkeiten im Modell herzustellen. Von der so oft herbeigehobenen Sparsamkeitstheorie sei dabei aber wenig wahrzunehmen gewesen. Dagegen habe man sie an anderer Stelle desto mehr zur Anwendung gebracht, nämlich bei den beim Ausbau dieses Dreadnoughts beschäftigten Arbeitern. Die Worfeläge, so klagten die Leute, seien nämlich derart niedrig bemessen, daß es ihnen kaum möglich sei, auch nur ihren Lohn zu verdienen.

Schweiz.

Der Vertrag mit Deutschland.

Bern, 20. Juni. Der Nationalrat behandelte heute in zwei Sitzungen den Niederlassungsvertrag der Schweiz mit Deutschland. Der Sozialist Greulich (Zürich) beantragte die Verwerfung des Vertrages mit der Begründung, daß er die Stellung der schweizerischen Arbeiter in Deutschland verschlechtere. Das Mitglied des Bundesrats Hoffmann, Chef des Justizdepartements, verteidigte den Vertrag, der zumindest den gegenwärtigen Zustand nicht verschlimmere. Die von Deutschland erhobene, von Greulich kritisierte Gebühr von 2 Mark für die Legitimationskarte für schweizerische Arbeiter sei nicht hoch. Die Schweiz werde selbst genötigt sein, für russische Arbeiter ähnliche Maßnahmen zu treffen. Schließlich wurde der Vertrag mit 90 gegen 3 Stimmen angenommen.

Gegen die amtliche Zeugnisverweigerung.

Die politischen Sitten in der Schweiz werden immer schlechter, wie sich jetzt wieder zeigt in einem neuerlichen Prozeß gegen unsere streitbare „Verner Tagewacht“. Es hatte an das Eisenbahndepartement einige neugierige Fragen gerichtet und statt darauf die erwünschte Auskunft zu erteilen, veranlaßte es einen Beamten zur Klage und der Bundesrat beschloß, dem Kläger wie auch den als Zeugen aufgerufenen Beamten die Aussagen über dienstliche Verhältnisse zu verbieten. Der Verner Gerichtspräsident hat nun den Sekretär und Adjunkt Dr. Schumacher vom Eisenbahndepartement wegen Zeugnisverweigerung zu drei Tagen Gefängnis, zweijähriger Einstellung in den bürgerlichen Ehrenrechten und zur Tragung aller Kosten verurteilt.

Das Urteil bedeutet die wohlverdiente Verurteilung der bundesrätlichen Gewalttätigkeiten, durch die der Beamte erst zur Klage und dann zur Zeugnisverweigerung gezwungen wird, um desto sicherer die gerichtliche Verurteilung des sozialdemokratischen Blattes zu erzielen.

Auf den weiteren Verlauf der sensationellen Affäre darf man gespannt sein.

Durch die Volksabstimmung verworfen.

Basel, 19. Juni. (Fig. Ver.) Die Stimmberechtigten des Kantons Baselstadt hatten gestern über das Gesetz betreffend die Wertwachsteuer und die Einführung der Stimpfpflicht abgestimmt und haben bei schwacher Beteiligung beide Gesetze verworfen, ersteres mit 5021 gegen 3577, das andere mit 4595 gegen 3911 Stimmen. Die Wertwachsteuer war mit 5 Proz. bis 20 Proz. der Vermögensvermehrung vorgesehene, je nachdem diese 10 Proz. bis 200 Proz. beträgt, und sie sollte vom Verkäufer getragen werden. Die neue Steuer hätte dem Staate einige Mehreinnahmen zur Erfüllung seiner Aufgaben liefern sollen; es liefen aber die Hausbesitzer dagegen Sturm und sie fanden so viele interessierte Mitläufer, daß das Gesetz begraben und ihr Proffit auf Kosten der allgemeinen Volkswirtschaft gerettet wurde. Unsere Partei war entschieden dafür eingetreten. Bezüglich des Gesetzes über den Stimmzwang hatte unsere Partei die Stimme freigegeben, da sich die Wahlpflicht nicht auch auf die Richter- und Wählerkassen erstreckte und die Jurisdiktion der Stimmföhrer an die Polizei von jeder Weise befreite. Unsere Partei ist für den Stimmzwang, aber für alle Behörden mit Garantie für seine einschleuderte Durchführung. Ist die Verwerfung des ersten Gesetzes zu bedauern, so ist die des anderen Gesetzes ohne Bedeutung. Uebrigens werden voraussichtlich beide Gesetze, das betreffend den Stimmzwang in verbesserter Form wiederkehren und dann Annahme finden.

Frankreich.

Die Wahlreform.

Paris, 20. Juni. Deputiertenkammer. Die Kammer beriet über die Wahlreform. Antoine Perier verlas eine Erklärung der Regierung, welche besagt, daß eine Reform notwendig sei, um den zweifelhaften Ergebnissen ein Ende zu machen. Die Regierung sei Anhängerin der proportionalen Vertretung der Minoritäten, aber diese Reform dürfe nicht den Sinn der Wahl fällen. Die Regierung sei mit der Kommission der Ansicht, daß die absolute Mehrheit der Wähler aus der Mehrheit ihrer Vertreter Vorteil ziehen müsse.

Eine Demonstration.

Toulon, 21. Juni. In la Ciotat durchzogen Schiffbauarbeiter im Verein mit anderen Arbeitern unter Abhängen revolutionärer Lieder die Straßen, weil die Compagnie des Messageries maritimes einen Teil ihres Personals entlassen will, da es zweifelhaft ist, ob die bisher der Gesellschaft von der Regierung gewährte Subvention weiter bewilligt wird. Die Manifestanten versammelten sich vor dem Stadthaus und verbrannten, nachdem sie eine rote Fahne gehißt hatten, die Steuerzettel. Als es heißt, sollen zwei Bataillone nach la Ciotat abgehen, um ernstere Aufregungen hintanzuhalten.

Belgien.

Das Schulgesetz.

Brüssel, 20. Juni. (Kammer.) Nach Verlesung der ministeriellen Erklärung rechtfertigte der Führer der Liberalen Woste seine Handlungsweise vor dem Ausdruck der Ministerkrisis, worauf der Liberale Schmans den Ministerpräsidenten aufforderte, präzisere Erklärungen zu geben über das Schulgesetz und über eine etwaige Auflösung der Kammer zum Zweck der Befragung des Volkes. Der Ministerpräsident erklärte, daß bei dem Schulgesetz alles von der endgültigen Bestimmung durch die Kammer abhängt. Ueber die Auflösung der Kammer könne er nichts bestimmen, sie sei ein verfassungsmäßiges Recht der Krone.

England.

Die Opposition gegen die Detobill.

London, 20. Juni. In einer Konferenz der Führer der Unionisten beider Häuser wurde heute be-

schlossen, der Regierung gegenüber mit voller Ausnutzung ihrer Mehrheit im Oberhaus auf die Annahme von Abänderungsanträgen zur Detobill zu dringen, welche von ihrer Wirksamkeit Vorlagen ausschließen, die konstitutionelle Änderungen wie Home Rule in sich schließen. Dem Vernehmen nach werden die unionistischen Peers, falls die Abänderungsvorschläge, wie sicher anzunehmen, von dem Unterhaus abgelehnt werden sollten, trotzdem an ihnen festhalten, so daß es zu einem vollständigen Stillstand beider Häuser kommen muß und der Premierminister dadurch gezwungen wird, die Absichten der Regierung über die Ernennung neuer Peers auseinanderzusetzen.

Bulgarien.

Die republikanische Bewegung.

Sofia, 21. Juni. (R. G.) Trotz des Wahlsieges der Regierung gibt die Vernehmung der Parteien der Linken zu Verfassungen Anlaß. Noch niemals hat der Einzug revolutionärer Propaganda in die Sobranje einen so großen Umfang angenommen. 12 sozialistische Republikaner haben jetzt dort Sitz und Stimme. Was das bedeutet, kann man daran sehen, daß vorher für die Sobranje niemals eine republikanische Kandidatur aufgestellt worden war.

Marokko.

General Moitier will Fes verlassen.

Paris, 20. Juni. Die der „Agence Havas“ unter dem 16. Juni aus Fes gemeldet wird, wird General Moitier demnächst aufbrechen. Da er nicht über die Streitkräfte verfügt, die notwendig sind, um den Gebirgsstod des mittleren Atlas zu durchsuchen, wofin sich die nichtunterworfenen Berber gesammelt haben, wird er sich darauf beschränken, in Sefru eine hinreichende Garnison zurückzulassen, um die Mit Ouffi in Schach zu halten, und einen Posten einzurichten, um die Verbindung von Sefru und Melines zu sichern. Auf diese Weise wird die Verteidigungslinie sichergestellt sein und den Einfällen der Berber nach Norden Einhalt getan werden. Moitier wird abdam Fes räumen, indessen außer den Abteilungen Mangin und Bremond eine verstärkte Truppe machen zu lassen, die nötig ist, um die für die Kolonne bestimmten beträchtlichen Proviantzufuhren zu sichern. Sämtliche Truppen sollen im Laufe des Sommers nach Melines gehen, wo ihre Einquartierung den Stillstand der aktiven Operationen bedeuten wird.

Wenn nur diese „Nämmung“ nicht durch irgendeinen Zwischenfall wieder illusorisch gemacht wird.

Der Urheber der spanischen Befehung von Elksar geisteskrank.

Paris, 21. Juni. Wie hiesigen Blättern aus Tanger gemeldet wird, ist der spanische Vizekonsul Villalta in Elksar plötzlich geisteskrank geworden und gestern nach Larraich gebracht worden, von wo seine Fährlehr nach Spanien erfolgen soll. Man hatte bei Villalta schon seit längerer Zeit Anzeichen von Geistesstörungen bemerkt, die nun in akuter Weise zum Ausbruch kamen. Die von der spanischen Regierung jüngst veröffentlichte Denkschrift über die angeblichen Unruhen in der Gegend von Elksar beruht auf Verichten Villaltas. Man darf annehmen, daß das Madrider Kabinett einfach irreführt worden ist. Die eingeborene Bevölkerung erblickt in der traurigen Erkrankung des spanischen Vizekonsuls ein göttliches Strafgericht für die Befehung Elksars und die damit zusammenhängende Entweihung der heiligen Stätten.

Aus der Partei.

Kommunalwahlen in Baden.

In Baden haben in diesen Tagen Kommunalwahlen stattgefunden, und zwar zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem. In Freiburg i. Br. sind, wie gestern bereits gemeldet wurde, auf Grund dieses Systems 14 Genossen der dritten Wählerklasse gewählt worden. Nach dem früheren Verhältniswahlsystem war es hier nicht möglich, aus eigener Kraft sozialdemokratische Vertreter in das Stadtparlament zu senden. Nur auf Grund eines Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien wurden vier sozialdemokratische Vertreter gewählt. Der Sprung von 4 auf 14 Mandate bedeutet ein erfreuliches Erfolgen des sozialdemokratischen Einflusses auf die Freiburger Kommunalpolitik.

In Karlsruhe wurden in der dritten Wählerklasse (10 383 Wähler) gewählt 24 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder des Zentrums, 2 Fortschrittler und 2 Nationalliberale. Die Wahlbeteiligung betrug 79 Proz.

In Pforzheim wurden 6 Sozialdemokraten, 24 Angehörige der bürgerlichen Vereinigung und 3 Mitglieder des Zentrums gewählt.

Aus Industrie und Handel.

Die amtliche Veröffentlichung neuer Handelsverträge.

Anlässlich des Abschlusses des neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrages hat der Handelsvertragsverein dem Reichskanzler in einer Eingabe verschiedene Anregungen unterbreitet. Der Verein erachtet es als unzureichend, daß sich die amtliche Veröffentlichung eines neuen Handelsvertrages stets nur beschränkt auf den Wortlaut des Vertragstextes und der Vertragstarife unter Hinzufügung einer mehr oder weniger ausführlichen offiziellen Begründung beschränkt.

Wenn man sich über die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages im ganzen oder über bestimmte Einzelheiten ein Urteil bilden will, so ist es unerlässlich, daß sowohl der neue Vertragstext mit dem Wortlaut des bisher geltenden Vertrages, wie die Zollsätze des neuen Vertragstextes mit den bisher geltenden Vertragstzollen und außerdem mit den (bei Nichtabschluss des Vertrages zur Anwendung kommenden) Generaltariffätzen beider Länder verglichen werden. Dabei müßten die durch den Vertrag vereinbarten Zusätze oder Änderungen im Wortlaut des Tarifschemas besonders hervorgehoben werden, weiter die durch den Vertrag eingetretenen Zollermäßigungen von bloßen Zollbindungen, sowie die durch den Vertrag neu gemachten Konzessionen von solchen unterschieden werden, welche dem Vertragsstaat ohnehin kraft Reichbegünstigung zufließen, endlich die Vertragspositionen der beiden Zolltarife mit den entsprechenden Ziffern der Außenhandelsstatistik verglichen werden. Dann erst würde eine sachgemäße Beurteilung des Vertragsentwurfs möglich sein.

Dieses Material haben die amtlichen Stellen geordnet und übersichtlich in Händen. Es wäre daher nur eine geringe Mehrbelastung für sie, es bei der Veröffentlichung des Vertrages in angemessener Weise zu verwenden, wie das bereits in gewissen, aber unzureichendem Umfang geschieht. Solche Unterlagen bedürfen aber dringend all die zahlreichen Personen, die genötigt sind, sich alsbald nach Veröffentlichung eines neuen Handelsvertrages ein Urteil über ihn zu bilden und eventuell öffentliche Stellung dazu zu nehmen, — wie Parlamentarier, volkswirtschaftliche Beamte, Journalisten der Tages- und Fachpresse, vor allem die am Geschäftsverkehre mit dem betreffenden Lande beteiligten Firmen. Jedenfalls entsteht jetzt für diese Kreise eine unnötig große Arbeitsbelastung, wenn sie sich ein einzigermaßen zutreffendes Urteil über den Vertrag bilden wollen. Und auch das ist trotz aller Mühe nicht immer möglich.

Die Vorschläge des Handelsvertragsvereins, die darauf abzielen, diesem Uebelstande abzuhelfen, dürften wohl die Zustimmung aller Kreise finden, die sich mit Zoll- und Handelspolitischen Fragen zu befassen haben.

Die Berliner Buchdrucker und der Konflikt bei Scherl.

Die Vorgänge bei der Firma Scherl beschäftigten gestern abend eine Mitgliederversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, für die der Riesensaal der „Neuen Welt“ eigentlich noch lange nicht Raum genug bot. Schon lange vor der festgesetzten Zeit war der Saal samt den Galerien und der Bühne überfüllt. Die Vorgänge, um die es sich hier handelte, haben offenbar im höchsten Grade aufreizend auf die gesamte Gehilfenchaft des Buchdruckergewerbes gewirkt und eine Empörung hervorgerufen, wie sie mancher in diesem Beruf kaum für möglich gehalten hätte. Diese Empörung und Empörung richtete sich, wie leicht begreiflich, nicht allein gegen das Verhalten der Geschäftsleitung der Firma Scherl, sondern vielleicht noch mehr gegen das Urteil des Tarifamtes, gegen den Verbandsvorsitzenden Döblin und gegen die Redaktion des „Korrespondenten“. Wenn das Verbandsorgan in seiner letzten Nummer nicht daran zweifelt, daß „die gesamte Kollegenschaft ihr schärfstes Verdikt“ gegen die Maschinenmeister der Firma Scherl ausbrechen werde, so ließ die Versammlung von Anfang an keine Zweifel daran, daß das Verdikt der Berliner Buchdrucker sich in größerer Schärfe vielmehr nach der anderen Richtung wendet. Würde doch der „Korrespondent“ durch Zwischenrufe sogar als „Unternehmerorgan“ beschimpft, und es wirkte auch nicht gerade beruhigend, als der Vorsitzende Rossini mitteilte, daß der „Korrespondent“ sich in seiner neuesten (heute erschienenen) Nummer gegen den vorhin erwähnten Artikel „salbiert“. Die Versammlung schien vielmehr der Meinung, und das wurde auch in der Diskussion gesagt, daß sich das Verbandsorgan „blamiert“. Schon bei dem Referat des Gauvorsitzenden Albrecht, der sachlich über die Vorgänge berichtete, trat die Stimmung in entzündeten Zwischenrufen auf, und als später in der Diskussion die gemäßigtesten Vertrauensleute Hof und Wallnig zu Wort kamen, wurden sie mit demonstrativem Beifall begrüßt. Die Diskussion, in der allgemein zum Ausdruck kam, daß, wenn auch die Rotationsmaschinenmeister weder richtig noch zweckmäßig gehandelt haben, das Verhalten der Firma Scherl und das des Tarifamtes sowie der obersten Instanzen des Verbandes doch noch viel verwerflicher sei, dauerte bis Mitternacht. Vom Gauvorstand wurde folgende Resolution in Vorschlag gebracht:

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Banklempner Groß-Berlins

bauert unabänderlich fort. Eine Versammlung der Streikenden, die gestern vormittag den großen Andreas-Jessaal füllte, bewies von neuem, daß die Arbeitnehmer nicht daran denken, den Kampf verloren zu geben, sondern fortwährend einmütig ausdauern. Die Arbeitgeber suchen sich den Anschein zu geben, als ob sie nicht minder einmütig entschlossen sind, den Kampf bis aufs äußerste fortzusetzen. In ihrer Versammlung am vorigen Donnerstag erklärte Herr Thom, daß von einer Anerkennung des Schiedsspruches auf Seiten der Arbeitgeber nun nicht mehr die Rede sein könne. Ein Tarifvertrag könne nur zustandekommen, wenn die Bestimmung über das Tragen des Werkzeuges, wie in der Arbeitgebervorlage, angenommen, und für Jungausgelernte nach der dreijährigen Lehrzeit eine weitere Stufung festgelegt werde. Wie weiter in dem offiziellen Bericht gesagt wird, hat die Versammlung sich dann für eine fünfprozentige Erhöhung der Löhne erklärt. — Die Arbeitgeber haben offenbar gehofft, daß die Streikleitung nach den letzten gescheiterten Verhandlungen von neuem bei ihnen anklingeln würde, um Anknüpfungspunkte zu suchen, aber, wie Dietrich in der gestrigen Streikversammlung ausführte, lag dazu für die Streikleitung keine Veranlassung vor. Die Klempnermeister kommen übrigens immer von neuem zusammen, um über die Lage zu beraten oder sich von ihren Führern und Scharmachern erzählen zu lassen, daß der Kampf für sie außerordentlich günstig steht und sie bloß noch eine kleine Weile aushalten sollen, um den Sieg davonzutragen. Auf den heutigen Donnerstag sind sie wiederum zu einer Versammlung eingeladen, und zwar durch ein Rundschreiben, in dem es heißt:

Wir bitten nunmehr alle Kollegen, Einzelunterschriften für Tarifanerkennung in keiner Form zu geben, da solche nur die unangenehmsten Folgen für die Betroffenen haben können. Es sind solche bei den Firmen, bei welchen solche Sonderabmachungen während des Streiks im Jahre 1909 vorgekommen, von den Arbeitnehmern willkürlich gebrochen worden. Da in den letzten Wochen Einstellungen von Arbeitswilligen in erhöhter Zahl uns angemeldet wurden, so bitten wir dringend, doch die Beschäftigung der Donnerstagsversammlung abzuwarten zu wollen.

Die Leitung der Arbeitgeber behauptet immer von neuem, daß im „Vorwärts“ und daß in den Streikversammlungen nicht der Wahrheit gemäß berichtet werde. Es hat keinen Zweck, auf derartige Vorwürfe nochmals näher einzugehen; die einzelnen Arbeitgeber werden es sicher am besten an ihrer eigenen Lage verspüren, ob „diesseits“ oder „jenseits“ wahrheitswidrig berichtet wird, und ob sie sich unter der Führung ihrer Scharmacher so wunderbar wohl befinden, daß ihnen eine Veränderung ihrer Forderungen nicht zweckmäßig erscheint. Was die erhöhte Zahl Arbeitswilliger anbetrifft, die den Arbeitgebern „angemeldet“ wurde, so hat man noch nichts davon gemerkt, daß die erhöhte Zahl auch gearbeitet hat. Allem Anschein nach ist es bei der „Anmeldung“ verblieben. Gewiß sind einzelne Arbeitswillige vorhanden, Leute, die, im Sinne der Arbeiterbewegung gesprochen, gewissenlos genug sind, dem Unternehmertum dergleichen Handlangerdienste zu leisten, aber ihre Zahl und ihre Leistungen sind viel zu schwach, um das Unternehmertum aus der Verlegenheit zu ziehen. Wie ein Redner in der Diskussion erwähnt, ist die Aupferabdeckung über dem Parterre am Bau einer Gemeindefabrik in der Antonstraße auf dem Weg zum Erbärmlich ausgeführt, daß selbst ein Laie sofort erkennen muß, daß hier unverantwortlich gepusht worden ist. Es handelt sich eben um Streikbrecherarbeit; da nimmt man es nicht so genau, und die Behörden, wie die Bürgerschaft Berlins sollen sich zufriedengeben mit der Arbeit, wie schlecht sie auch ausfällt.

Aufgehobenes Vorkotturteil.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands wehrt sich gegen Tarifbruch der mit ihm im Vertragsverhältnis stehenden Geschäftsinhaber durch Verhängung der Vorkottsperrre für seine Mitglieder. Im „Vorwärts“ werden diese Sperren unter der Aufschrift: „Achtung, Friseurgehilfen! Für Mitglieder gesperrt“, bekanntgegeben.

Als gesperrt wurde in dieser Weise im Juni, Oktober und November 1909 auch das Geschäft des Herrn Max Steinböck, zuletzt in Charlottenburg, veröffentlicht. Dies veranlaßte Herrn Steinböck, gegen den Zweigverein Klage auf Zahlung von 500 M. Schadenersatz wegen Vorkottschädigung zu erheben. Der Zweigverein wurde durch Urteil der 6. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin dem Grunde nach verurteilt. Zur Begründung des Urteils wurde gesagt:

Der Beklagte habe durch die Sperrenotizen in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise dem Kläger vorläufigen Schaden zugefügt. Die weite Verbreitung des „Vorwärts“, des zur Bekanntmachung gewählten Organs, dem gewissenhaftem Blatt der Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins, lasse darauf schließen, daß die Mitteilung nicht bloß unter den Interessenten, sondern unter dem

„Die Versammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nimmt Kenntnis von den Ursachen des Konflikts bei der Firma August Scherl. Sie erkennt die unbedingte Verpflichtung der Verbandsmitglieder zur Anerkennung der Entscheidungen des Tarifamtes sowohl als auch zur Respektierung der Anordnungen des Verbands- und Gauvorstandes ausdrücklich an und verurteilt deshalb die entgegen den Weisungen des Vorstandes erfolgte Arbeitsniederlegung der Rotationsmaschinenmeister auf das entschiedenste. Die Versammlung erklart in der von der Geschäftsleitung der Firma Scherl seit längerer Zeit geübten unangemessenen Behandlung des Personals die Grundursachen der durch den Ausstand zum Ausdruck gekommenen Erregung; das Tarifamturteil bzw. dessen Punkt 3 aber betrachtet sie als die unmittelbare Veranlassung zu dem Vorgehen der Rotationsmaschinenmeister.

Die in dem Tarifamturteil ausgesprochene weitgehende Verantwortlichkeit der Vertrauensleute, insbesondere ihre Entlassung wegen Handlungen der gesamten Kollegen, erachtet die Versammlung als nicht durch das Tarifgesetz begründet und in ihren Konsequenzen als außerordentlich gefährlich nicht nur für das Weiterbestehen der Vertrauensmänner-Institution, sondern auch für die ganze, in erster Linie doch auf der Solidarität beruhende gewerkchaftliche Tätigkeit des Verbandes.

Deshalb ersucht die Versammlung die maßgebenden Instanzen dringend, für eine Revision des Punktes 3 des Urteils sowie dafür zu wirken, daß derartige unhaltbare Entscheidungen künftig unterbleiben.

Diese Resolution schien jedoch der Versammlung nicht deutlich und scharf genug auszudrücken, was nun für notwendig erachtete. Aus der Mitte der Versammlung wurden noch verschiedene Resolutionen eingebracht.

Schließlich wurde in der Abstimmung, die sich bis nach Mitternacht hinzog, zunächst eine in scharfen Worten gehaltene Resolution angenommen, die die Stellungnahme der Gehilfenvertreter des Tarifamtes verurteilt und deren Amtsniederlegung fordert. Dann wurde die Vorstandesresolution, verhärtet durch einen Passus gegen die Haltung des „Korrespondent“, angenommen. Die Resolution soll an den Säulen dem Publikum ebenso bekannt gegeben werden, wie die Erklärung des Tarifamtes.

Vor Schluß der Versammlung ermahnte der Gauvorsitzende Rossini die Anwesenden angesichts der ersten Situation zur vollsten Einigkeit.

Publikum überhaupt bekannt werden sollte. Die Bekanntmachung habe daher einen anderen Zweck verfolgt, als den vom Beklagten angegebenen, und zwar, wie Kläger mit Recht annehme, den Zweck, ihn geschäftlich lahmzulegen, ihn zu ruinieren. Der Beklagte habe damit gerechnet, daß die Bekanntmachung auch von anderen organisierten Arbeitnehmern, dem fast ausschließlichen Leserkreis des „Vorwärts“, beachtet werde und bei dem festen Zusammenhalt derselben das Geschäft des mit dem Verbands in Differenzen geratenen Klägers gemieden würde. Der eingebrachte Bescheid des Klägers wolle zu vernichten geeignet sei. Der Beklagte sei aber auch, wenn man bössliche Absicht als nicht vorliegend erachte, gemäß § 823 Abs. 1 a. a. O. ersatzpflichtig. Bei seiner Bekanntmachung habe er die im Verkehr erforderliche Sorgfalt, wie sie von einem normalen, ordentlichen und gewissenhaften Menschen in dem betr. Verhältnisse des Verkehrs angewendet zu werden pflegt, nicht angewandt. Die Folgen der Bekanntmachung, die eine Aufforderung zum Vorkott enthalte, mußte der Beklagte voraussehen. Eine derartige Aufforderung sei eine rechtswidrige und verstoße zum Schabenersatz.

Das Kammergericht, 9. Zivilsenat, hat das langjährliche Urteil am 16. Juni abgeändert und die Klage abgewiesen.

Zur Lohnbewegung der Bretterträger ist zu berichten, daß die Firma Welle u. Elbe die schriftlich gemachten Zugeständnisse am Sonnabend, den 17. Juni, wieder zurückgezogen hat. Die Firma befindet sich ohne weiteres in einer bedrängten Lage, denn Streikbrecher hat sie nicht gefunden, dafür arbeiten die Herren Firmeninhaber mit ihren Stehlagern-Proletariern selbst als Bretterträger. Öffentlich lernen sie dabei einsehen und werden gewahr, daß das Los eines Bretterträgers kein rosiges ist.

Die Firma Schönfeld, Charlottenburg, hat, nachdem der Druck der dringenden Arbeit etwas nachgelassen hat, ihre alten Leute plötzlich entlassen und dafür unorganisierte neue Leute eingestellt. Die Firma glaubt auf diese Weise die Abmachungen illusorisch zu machen. Ueber diese Firma ist die Sperre verhängt.

Bei der Firma Schiffer u. Sohn haben sich der bekannte Herr Albert Vetter mit den Herren Gustav Siebert, Herrn Sprohoff, Louis Hoppe und noch einigen Konforten als Hingemänner dem Unternehmer zur Verfügung gestellt. Es mußte, da die Firma in keiner Weise Zugeständnisse machte, ebenfalls die Sperre verhängt werden.

Die Firmen Loranz u. Jech und Behet u. Erdmenger, Treptow, behelfen sich mit Hingehardisten und bleiben auch diese beiden Betriebe gesperrt.

Obgleich sonst in fast allen Betrieben eine Verständigung erzielt worden ist, kurzieren schwarze Listen. Das interessanteste ist aber, daß auf dieser Liste Namen von Firmen und Arbeitern sich befinden, welche bereits am ersten Tage zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Daraus ist anzunehmen, daß diese Listen schon vor der Bewegung hergestellt wurden.

Wir bitten dringend, daß kein ehlich denkender Arbeiter in den gesperrten Betrieben Arbeit nimmt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin. Die Lohnkommission.

Streikbrechervermittlung wurde dem Gastwirt Labofschinski, Charlottenburger Ufer, in einer Notiz vorgeworfen, die wir über den Bretterträgerstreik brachten. Herr Labofschinski schreibt uns und läßt sich dies durch Zeugen bestätigen, daß er keine „Streikbrecher“ vermittelte, sondern daß er nur einer Firma, mit der er schon lange Verbindungen habe, Leute vermittelte, unter der ausdrücklichen Angabe, daß diese keine Streikarbeit verrichten. Solche wurde aber doch von ihnen verlangt und sie lehrten wieder um. Erst andere, nicht von ihm vermittelte Leute, hätten sich später zu Streikbrecherdiensten hergegeben.

Deutsches Reich.

Der Streik der Werftarbeiter bei der Firma Wandl in Landsberg a. W. ist mit Erfolg beendet. Die Firma hat neben einer Reihe allgemeiner Zugeständnisse die Einstufungslöhne für ungelernete Arbeiter auf 30 Pf. pro Stunde erhöht und für alle übrigen Arbeiter eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde bewilligt. Die Arbeiter können mit dem Erfolg um so mehr zufrieden sein, da der Fabrikabschluss (eine ganz eigenartige Vertretung der Wandl'schen Arbeiter) versucht hat, die arbeitenden Kollegen gegen die Streikenden auszuspielen. In einem Anschlag an das schwarze Brett forderte dieser „Fabrikabschluss“ die Arbeiter der Firma auf, die Streikenden in keiner Weise zu unterstützen.

Nachklänge zur Lohnbewegung der Oderschiffer.

Bekanntlich hat am 3. April der Deutsche Transportarbeiterverband mit dem Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt einen Vertrag für die Oder-Regelien abgeschlossen. Es gehören aber

nicht alle Firmen dem Arbeitgeberverband an; die Organisationsleitung der Binnenschiffer hat nun versucht, auch bei diesen Firmen die am 1. Juli eintretenden neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen. Bei einzelnen Firmen ist auch eine Verständigung erfolgt, bei einer Anzahl Firmen aber nicht, so daß es hier zum Streit kommen wird. — Der Vorsitzende der Binnenschiffer, Schünning, hat bereits am 15. Juni im Auftrage der Mannschaften die Kündigung eingereicht bei der Neuen Oder-Elbe-Neederei, Karl Krause und Lomax u. Sug. Bei diesen Firmen werden die Bootsleute am 1. Juli ausständig und die Steuerleute am 15. Juli. Weitere Kündigungen stehen bevor. — Bei der Privatschiffahrt wird es ebenfalls noch zu Arbeitseinstellungen kommen. Die Verträge sind in allen Unschlagsplätzen ausgelegt und werden von den Mannschaften den Privatschiffern zur Unterzeichnung vorgelegt werden in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli, da es der Organisationsleitung nicht möglich ist, bei gut 2000 Privatschiffen die Verhandlung mit jedem einzelnen zu führen. Nachdem dann am 15. Juli das Ergebnis bekanntgegeben ist, soll gegen die ablehnenden Privatschiffer vorgegangen werden. Es ist aber zu erwarten, daß es bei der privaten Schifffahrt nicht zu großen Differenzen kommen wird.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Den Unternehmern und insbesondere ihren „verantwortlichen“ Führern wird in der gegenwärtigen Situation unheimlich. Besonders die Bautischlermeister sehen immer mehr Aufträge nach außen abgehen und wissen auch bestimmt, daß die auswärtigen Unternehmer so leicht aus Hamburg nicht wieder verdrängt werden können. In der letzten Woche haben darum auch wieder eine Anzahl Betriebe die Forderungen bewilligt, weshalb weitere 150 Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen konnten, so daß gegenwärtig circa 1800 Arbeiter zu den neuen Bedingungen arbeiten. Außerdem hatte der Holzarbeiterverband durch ein Flugblatt, das in 300 000 Exemplaren verbreitet wurde, die Hamburger Bevölkerung über die Ursachen des Kampfes aufgeklärt. Auch die Zahl der Arbeitswilligen ist erheblich zurückgegangen. Das veranlaßt die Unternehmerleitung, der Öffentlichkeit Märchen zu erzählen. Zunächst wurde der ganzen Hamburger Presse ein „Faschizettel“ übermietet, in dem behauptet wird, daß gegenwärtig bereits 1000 Arbeitswillige vorhanden seien. Mit Werkmeistern und inkassierten Leuten, die der Holzarbeiterverband in den Betrieben stehen ließ (Invaliden usw.), sind es rund 400. Der Schlußverband hat aber der Einfachheit halber die Arbeiter einer ganzen Anzahl bewilligter Betriebe als Arbeitswillige mitgezählt —, um die Arbeitgeber weiter am Karrenfeil führen zu können, denn die Angst ist groß, daß noch eine größere Anzahl in den nächsten Tagen klappt! —

Zum Ueberflus haben die Unternehmer noch ein Flugblatt von riesiger Umfang an die Streikenden versandt, in dem mit der Wahrheit bis jonkelt wird. Danach ist es der Holzarbeiterverband, der den Frieden nicht will, der Holzarbeiterverband hat die Verhandlungen zum Scheitern gebracht und darum werden die Streikenden ersucht, sich schleunigst an ihre alten Plätze zu begeben, sonst — werden sie von Arbeitswilligen besetzt — für polizeilichen Schutz ist gesorgt! — Ungeheure Heiterkeit hat das plumpe Wadwert bei den Holzarbeitern hervorgerufen, ist ihnen doch bekannt, daß erstens die Unternehmer den Schiedsspruch des Einigungsamtes abgelehnt haben und eine neue Verhandlung, die vom Amtsgerichtsrat Dr. Bousen angeführt war, und zu der die Arbeiter sich bereit erklärt hatten, durch folgendes Schreiben des Gewerbegerichts abgelehnt wurde:

Gemäß richterlichen Auftrages wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihre Ersuchen am Dienstag, den 30. Mai etc., nachmittags 2½ Uhr, nicht mehr erforderlich ist, da die Arbeitgeber eine erneute Verhandlung abgelehnt haben.

Eine Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten, die am 19. Juni stattfand, nahm zu der gegenwärtigen Situation Stellung und erklärte einmütig, daß zu einer Veränderung der Forderungen kein Anlaß vorliegt. Die lächerlichen Bemühungen der Unternehmer, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen, wurden gebührend gewürdigt und einstimmig beschloffen, der Kampf wird weiter geführt bis zum erfolgreichen Ende.

Immer wieder bitten aber die Hamburger Holzarbeiter die Arbeiterschaft Deutschlands, den Zug nach Hamburg fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Aus dem italienischen Senat.

Rom, 21. Juni. (B. Z. V.) Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußeren erklärte Marquis di San Giuliano, die großen Linien der auswärtigen Politik Italiens seien eine notwendige, logische Folge der Lage der Dinge und änderten sich nicht, wenn sich die Regierungen änderten. Italien bleibe bei seiner festen Politik der Bündnistreue, die vervollständigt werde durch seine Freundschaften mit anderen Mächten; in betreff der Behauptung Guicciardinis in der Kammer, daß Italien tatsächlich isoliert sei, erklärte er im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit, er teile diese Ansicht nicht, Guicciardini könne keine einzige Tatsache zur Bekräftigung seiner Behauptung anführen. In bezug auf die Tripolisfrage könnten seine Erklärungen nicht von denen seiner Vorgänger abweichen. Die italienische Politik beruhe auf der Integrität des Osmanischen Reiches, und die Interessen Italiens im Mittelmeer ständen in den bestehenden Abkommen mit den europäischen Mächten befriedigende Garantien.

Lärm in der belgischen Kammer.

Brüssel, 21. Juni. Bei Fortsetzung der Debatte über die ministerielle Erklärung kam es heute zu großen Skandalenszenen, als der Sozialist Aulsebrook von Priestern sprach, die sich an Kindern vergingen, und der Katholik Raenhaut entgegnete: Wir schließen sie aus, Ihr aber nehmt sie als Lehrer auf. Die Sozialisten drangen auf Raenhaut ein, einer warf ihm ein Buch an den Kopf, die Sitzung wurde unterbrochen; aber auch nach Wiederaufnahme trat erst allmählich Ruhe ein.

Gegen den Hausbrand.

Hln, 21. Juni. Die der Zentralverband deutscher Industrieller der „Kölnischen Zeitung“ mitteilt, hat sein Vorsitzender, Landrat a. D. Pöcker, seinen Austritt aus dem Hausbrand erklärt.

Folgeschwere Spiritusexplosion.

Dresden, 21. Juni. (B. Z. V.) In dem Gebäude der sächsischen Spiritusgesellschaft entstand heute nachmittags auf bisher ungeklärte Weise eine schwere Spiritusexplosion. Die sofort auf die Meldung „Großfeuer“ herbeigeeilte Feuerwehr fand an der Unfallstelle den 31 Jahre alten Abfüller Spalim unter den Trümmern auf. Er gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich, starb aber bald darauf. Der Kontorist Wolf hatte erhebliche Verletzungen davongetragen, so daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Schwere Brandwunden erlitten ferner der Direktor Schmidt, ein Steuerassessor und ein Feuermehmann, die sämtlich nach dem Krankenhaus übergeführt wurden. Mehrere Personen wurden außerdem leicht verletzt. Es sind mindestens 40 000 Liter Spiritus ausgedampft, die in Brand gerieten und durch Verdünnung mit Wasser gelöscht werden mußten.

Wird's nun der richtige sein?

Böhmisch-Tepla 21. Juni. (B. Z. V.) Der Köllner Joseph Kumber, geboren zu Goblitz an der Elbe, hat sich hier heute der Polizei gestellt mit der Selbstbezichtigung, im vorigen Herbst den Mord an der Frau Hoffmann in Berlin begangen zu haben.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom Mittwoch, den 21. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Zunächst wird die zweite Lesung der vom Zentrum beantragten

Novelle zur westfälischen Provinzialordnung

borgenommen. Nach dem Entwurf, der von der Kommission mit allen gegen eine Stimme angenommen worden ist, soll die Vertretung der bevölkerten Kreise beschränkt werden.

Abg. Lippmann (Sp.): Wir lehnen die Novelle ab. Schon die Begründung ist sehr merkwürdig. Das Verwaltungsgebäude der Provinz Westfalen soll zu klein sein.

Abg. Schulze-Pelham (L): Der Umbau des Provinzialgebäudes würde eine halbe Million kosten.

Abg. Kaufmann (natl.): Die Raumfrage ist schließlich nebensächlich. Aber wenn die Zahl der Provinziallandtags-Abgeordneten zu sehr über 100 hinauswächst, dann leidet die Arbeit des Plenums darunter.

Abg. Lippmann (Sp.): Also mit 180 Abgeordneten soll der westfälische Provinziallandtag arbeitsunfähig sein.

Das vom Herrenhaus abgeänderte Gesetz über die Beschulung blinder und taubstummer Kinder wird nach unwesentlicher Debatte in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Zwei Gesetzentwürfe über die Umlegung von Grundstücken in Posen bezw. in KÖln werden debattelos in zweiter und dritter Lesung in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des

Ausführungsgesetzes zum Reichsviehseuchengesetz.

Abg. Heine (natl.) tritt für Annahme des Gesetzes ein und bestreitet, daß man sich von nationalliberaler Seite je gegen das Interesse der kleinen Leute ausgesprochen habe.

Abg. Leinert (Soz.): Man lese im Protokoll des Kasseler Parteitages der National-Liberalen, was der Reichstagsabgeordnete Fintel-Einzel über Arbeiter und Angestellte sagt.

Das Ausführungsgesetz zum Reichsviehseuchengesetz wird unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Ausführungsgesetz zum Reichszuwachssteuergesetz.

Abg. Brauer (konf.) begründet einen Antrag, wonach vom Anteil, der den Gemeinden und den Gemeindeverbänden verbleibt, die kreisangehörige Gemeinde, in der sich der Steuerfall ereignet, drei Viertel und der Kreis ein Viertel erhält.

Abg. Westermann (natl.) beantragt, daß die Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern zwei Drittel, die kreisangehörigen Gemeinden über 10 000 Einwohner drei Viertel erhalten.

Die Erotik in Fortsetzungen

Die Unzucht des kleinen Mannes.

Ein Staatsanwalt ist soeben gestorben (was merkwürdig selten vorkommt) und aufgefahren gen Himmel (was noch seltener vorkommt).

Der Brillenengel: Sind Sie der Mann, der so eigenwillige Begriffe von Unzucht hat?

Staatsanwalt: Das Delikt der Unzucht...

Brillenengel: Auf! Sind Sie aus Vohum?

Staatsanwalt: Nein, Euer Gnaden.

Brillenengel: Haben Sie den Prozeßbericht gelesen?

Staatsanwalt: Ja.

Brillenengel: Willigen Sie die Ausführungen Ihres Kollegen über den Begriff der Unzucht in Fortsetzungen?

Staatsanwalt: Vollkommen, Euer Gnaden. Das Reichsgericht...

Brillenengel: Wir stehen hier über dem Reichsgericht.

Staatsanwalt: Gerade drüber? Ach, da will ich mal eben runtergucken...

Brillenengel: Piergeblieben! — Also die einzelne Fortsetzung eines Romanes wirkt auf Sie unzüchtig? Sagen Sie vielleicht...

Staatsanwalt: Auf mich doch nicht! Auf das Publikum! Auf das Publikum gewisser Blätter!

Brillenengel: So so. Sie sitzen wohl auf Eis, wenn Sie so was zu lesen kriegen, was?

Staatsanwalt: Aber, Euer Gnaden!

Brillenengel: Das Buch als Ganzes würden Sie nicht als unzüchtig betrachten?

Staatsanwalt: Nein, nur die einzelne Fortsetzung.

Brillenengel: Wie soll das denn nun eine Zeitung machen? Sollen diese Fortsetzungen weglassen?

Staatsanwalt: Darüber habe ich nicht zu befinden.

Brillenengel: Oder soll sie an dem betreffenden Tage das ganze Blatt mit dem Roman füllen, so daß die unzüchtige Stelle in der nächsten gleichsam verschwindet?

Staatsanwalt: Dieser Fall ist noch nicht...

Brillenengel: Nehmen Sie an, es geschähe!

Staatsanwalt: Dann bleibt immer noch zu bedenken, daß ein Tagesblatt auch in Familien und Wirtschaften...

Brillenengel: Auch Bücher geraten in Familien. Sind Sie Gegner der Familie?

brud bringe und erklärt, daß seine Partei bei Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse gegen das Gesetz stimmen werde.

Abg. Waldstein (Sp.) spricht sich für den konservativen Antrag aus und beantragt für den Fall der Ablehnung dieses Antrages, daß alle kreisangehörigen Städte über 3000 Einwohner drei Viertel erhalten.

Die Kommission hat auch hier wieder die Gelegenheit benützt, um gegen Geist, Zweck und Sinn des Reichsgesetzes ein

Gesetz zugunsten des Großgrundbesitzes

zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man nimmt den Gemeinden, um den Kreisen zu geben. Den Kreisen soll ein möglichst großer Anteil am Ertrage der Steuer zugeschanzt werden.

bloß Kulisse für die Landratsmacht.

Der Kreisausschuß zumal vertritt nur eine schmale Schicht Privilegierter und hat noch nie ein Tröpfchen demokratisches Del gespürt.

Die Regierungsvorlage wollte als Regel 1/3 des Ertrages für den Kreis und 2/3 für die Gemeinde ansetzen. Das entsprach zur

Staatsanwalt: Da muß ich aber sehr bitten! Ich bin sogar Familienvater, das heißt ich war es bis heute, und ich habe niemals mehr als eine Maitresse auf einmal gehabt.

Brillenengel: Ah!

Staatsanwalt: Außerdem bedenken Sie doch, was für eine Szene da geschilbert wird. Ein Arbeiter notzüchtig eine Unternehmerrfrau, und es macht ihr Spaß! Es macht ihr Spaß!

Brillenengel: Jaja, sehr möglich. Aber ich will Ihnen etwas sagen: Sie sind ein ganz insamer Sälbling, wissen Sie das?

Staatsanwalt: Aber erlauben Sie mal, wer sind Sie denn überhaupt, daß Sie hier so...

Brillenengel: Ich heiße Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Brillenengel: Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie! Und die Sache liegt einfach so: Was Sie verfolgen, das ist die Verabreichung solcher Kost, die Ihre Studierfubemerden unzüchtig anregt, an die breite Masse, der so was höchst schmutzig ist.

Brillenengel: Sie heisse Josa. Soll ich mir vielleicht gefallen lassen, daß Sie mit Ihren dreidigen Fingern meine Bücher beschmutzen? Sie sind ein ganz naives Vöckchen, verstehen Sie!

Rot der Billigkeit gegenüber den Gemeinden, die geradezu die geborenen Erbeher dieser Wertzuwachssteuer sind, wenn auch in gewissen Fällen die Kreise einen Anteil am Wertzuwachs tragen.

Wenn die maßgebenden Parteien dieses Hauses möglichst viel vom Ertrag den Kreisen in die Hände zu spielen suchen, so geschieht das, weil sie die ihnen so sympathischen, von ihnen beherrschten Kreise

wollen, die eigentlich den Gemeinden zukommen.

Wie war nun das Verhalten der Regierung? Zunächst sperrten sich die Regierungsvertreter sehr gegen die agrarischen Anträge. Da übernahm das Zentrum das Mälergeschäft und siehe da: sofort belehrte sich die Regierung. Wenn nicht alles, so haben doch die Herren von der Rechten das meiste durchgesetzt.

Es ist nun sehr bezeichnend, daß diese Herren dieselben Gesichtspunkte geltend machen, die in der Kommission von mir und dem Vertreter der freisinnigen Partei geltend gemacht worden sind.

Wir haben zwei Anträge gestellt. Ueber instimmend mit den freisinnigen beantragen wir Beseitigung der landesfürstlichen Steuerfreiheit für den Gemeindeanteil der Wertzuwachssteuer.

stimmen, das dazu beiträgt, die Monarchie im Lande unpopulär zu machen.

geschäffige Monarchenprivileg

Finanzminister Dr. Lenke bestreitet, daß die Regierung umgefallen sei und bittet um Ablehnung des nationalliberalen Antrages auf Schaffung von Steuerauslässen in Rheinland und Westfalen

Abg. Siefermann (L.) spricht für seinen Antrag zugunsten der kleineren Gemeinden.

Abg. Dr. Marx (Z.) lehnt die Abänderungsanträge ab und ersucht um Annahme der Kommissionsfassung.

Abg. v. Dewitz-Oldenburg (fl.) spricht sich in demselben Sinne aus.

punkt noch nicht erreicht, denn die Erde saugt noch immer gierig die Strahlen der hochstehenden Sonne ein und erst im Juli und August kommt ihre wärmependende Kraft recht zur Geltung.

Wir wollen nicht verschleiern, darauf hinzuweisen, daß es falsch ist, zu sagen, die Sonne wandert nach Norden, denn der Vorgang läuft in Wirklichkeit ganz anders ab.

Sommerjonnennende war in den germanischen Ländern früher ein Festtag. Und die wärmende Flamme, das irdische Abbild und Zeichen der glühenden und licht- und wärmependenden Sonne, war das Symbol des Tages. Ueberall stammten in den Tagen der Sonnenwende im Juni die rauchenden Feuerfäden empor, womit den Göttern geopfert und für den Opfernden Schutz und Schirm gegen alle möglichen Gefahren von ihnen erteilt und erzwungen wurde.

Dieser alte heidnische germanische Brauch hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Die christliche Kirche hat natürlich auch hier versucht, die heidnischen Reminiszzenzen zu vertilgen, sie hat es aber nicht fertig gebracht.

Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

Brillenengel: Dieser Logik heuge ich mich. Gegen Staatsanwälte kämpfen Engel selbst vergebens. Hausdiener! He, Concierge, Türmeister, Portier! Also nehmen Sie diesen Wurzeln und bringen Sie ihn nebenan. Einen schönen Gruß an Seine Sataniät, und sagen Sie Höchstdemselben: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's Eurer Guld empfohlen sein.

Sommerjonnennende. Seit dem 22. Dezember des verfloßenen Jahres befindet sich die Sonne auf der Wanderung nach Norden und jetzt, am 22. Juni, hat sie ihren Höhepunkt erreicht.

(Wird von der Rechten mit Wut empfangen. Abg. Hoffmann ruft der Rechten zu: Sie sind doch nicht in Ihren heimlichen Gefilden! (Sehr gut! links.): Alle Auslegungslinien vermögen nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß hier wieder einmal ein Gesetz zugunsten der Großgrundbesitzer geschaffen wird. Nicht ohne Interesse, vielmehr mit Bedauern, haben wir die Auseinandersetzung zwischen Nationalliberalen und Zentrum angehört. Das rheinisch-westfälische Wahlkompromiß zwischen beiden Parteien scheint also noch nicht perfekt zu sein. Bei dem Kampfe dachten wir an jenes bekannte Liedchen:

Zwei Löwen gingen einst felwand
In einem Wald spazieren,
Da haben sie, voll Wut entbrannt,
Einander aufgezogen.

(Heiterkeit.) Wir wünschen den Nationalliberalen und dem Zentrum in Rheinland-Westfalen das selbe Schicksal. Die Provinzen Rheinland und Westfalen werden einst von uns vertreten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren vom Zentrum haben, statt mit Energie und Rücksichtslosigkeit die Interessen ihrer rheinischen Wähler zu vertreten, diese Interessen auf dem Wege des Kuhhandels preisgegeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schlägt man einen Mittelweg ein, so wird man sich gewöhnlich zwischen zwei Stühlen. Wir werden im Lande hantieren, daß das Zentrum seiner ganzen Natur nach das Kompromiß so wenig lassen kann wie die Kage das Maulen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weckermann (nass.) wendet sich scharf gegen den Abg. Marx.

Abg. v. Raskahn (L.) erklärt, daß die Konserverativen die Anträge der Freisinnigen ablehnen und daß der größte Teil der konservativen Fraktion auch gegen den Antrag Sielemann stimmen werden. (Hört! hört! links.) Von einer Bevorzugung des Großgrundbesitzes im Gesetze ist nicht geredet worden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Vertauwachs Hr. Ritter wird der Arbeit der Allgemeinheit verdankt und erfolgt auf Kosten der Allgemeinheit. Da noch die Steuerzufuhrforderung ist der Gipfel der Unverschämtheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt. Für den Antrag Sielemann zugunsten der kleinen Gemeinden stimmen mit der Linken 20 Konserverative. In der dritten Lesung, die gleich darauf vorgenommen wird, wird das Gesetz unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Linken einschließlich der Nationalliberalen angenommen.

Ueber die Tagesordnung der nächsten Sitzung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Zweckerbandelege zu beraten, zurückgezogen wird.

Abg. v. Brandenstein (L.) verlangt, daß noch in dieser Tagung sein Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung beraten werde. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Sp.): Ich denke, die Wahlrechtsfrage geht doch dem wahrhaftig der Aenderung der Geschäftsordnung vor. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Hirsch (Soz.): Die Anträge, an denen das Volk interessiert ist, gehen den Anträgen vor, an denen nur gewisse Herren dieses Hauses ein Interesse haben. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Friedberg (nass.): Ich verkenne nicht die Wichtigkeit der Geschäftsordnungsfrage, aber die Wahlrechtsfrage und die rheinische Gemeindeordnung sind doch wichtiger als persönliche Liebsabereien des Herrn v. Brandenstein. (Lebhafte Beifall links.)

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Zweckerband Groß-Berlin; Begerreinigung; Bullenhaltung; rheinische Gemeindeordnung.)

Schluß 5 Uhr.

Die Neueinteilung der Kommunalwahlbezirke in Berlin.

Kommt nun für die dritte Wählerklasse endlich zustande. Der vom Magistrat vorgelegte Einteilungsentwurf, den die Stadtverordnetenversammlung in einer gutachtlichen Erklärung als annehmbar bezeichnet hatte, ist — wie wir bereits meldeten — vom Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Genehmigung ist gerade noch rechtzeitig eingetroffen, so daß noch in diesem Jahre für die im Juli aufzustellenden Kommunalwählerlisten und für die im Herbst zu vollziehenden Stadtverordnetenwahlen die neuen Bezirkegrenzen zugrunde gelegt werden können. Die erste Wirkung dieser Maßregel wird schon in den nächsten Wochen, wenn die neuen Wählerlisten ausgelegt werden, sich den Kommunalwählern bemerkbar machen.

Durch die Neueinteilung wird eine vollständige Aenderung der meisten Kommunalwahlbezirke herbeigeführt. Sie war notwendig geworden, weil in den älteren Stadtteilen infolge fortwährender Entvölkerung die Wählerzahlen sich immer weiter verringert hatten und andererseits in den Wahlbezirken der neueren Stadtteile mit ihren andauernden Zuzug die Wähler sich bedeutend gehiebt hatten. Nach der letzten Wahlbezirkseinteilung, die erst seit 1890 galt, hatte in den Wählerlisten von 1910 der zur Innentadt gehörende jetzt kleinste Bezirk nur noch 2751 Wähler, während in dem jetzt größten Bezirk, der draußen am Friedrichshain liegt, die Wählerzahl bereits auf 23.900 angewachsen war.

Um solche und ähnliche Ungleichheiten der Wählerzahlen zu beseitigen, hat man bei der Neueinteilung des ganzen Stadtgebietes in die 48 Wahlbezirke dritter Klasse aus den nur noch schwach bevölkerten älteren Stadtteilen weniger Wahlbezirke als bisher gemacht und hier den einzelnen Bezirken eine größere räumliche Ausdehnung gegeben, dagegen hat man die stark bevölkerten neueren Stadtteile in mehr Bezirke als bisher zerlegt und diese Bezirke räumlich kleiner bemessen. Die Verschiebung der Grenzen fast aller Bezirke, zu der es bei dieser Neueinteilung kommt (nur ein einziger der 48 Bezirke bleibt ganz unverändert), zeigt eine allgemeine Bewegung von der Innentadt nach den Außenbezirken hin. Auch die Nummern der Wahlbezirke verschoben sich, weil durch die Neuabgrenzung zugleich die Nummerierung nötig geworden ist.

Ein paar Beispiele mögen das klar machen. Aus Altstadt und Friedrichstadt zusammen waren bisher die drei Wahlbezirke 1, 2, 3 gebildet, jetzt aber reichen diese Stadtteile knapp für die beiden neuen Wahlbezirke 1 und 2, die noch Stücke benachbarter Teile mit hineinnehmen müssen. Die innere Luisenstadt nebst Neußölln hatte bisher vier Wahlbezirke, die die Nummern 16, 17, 18, 19 führten, künftig aber wird es dort nur noch zwei Wahlbezirke geben, nach der neuen Nummerierung den 13. und 14. Bezirk. Anders liegen die Dinge in den neueren Stadtteilen. Beispielsweise hatten Wedding und Gesundbrunnen bisher nur die drei Wahlbezirke 46, 47, 48 (und kleine Teile der Bezirke 36 und 40), künftig aber werden aus diesen beiden Stadtteilen die sieben Wahlbezirke 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48 gebildet. In ähnlicher Weise hat in anderen Außenbezirken, z. B. in der Gegend vor dem Frankfurter Tor, im Viehhofviertel, im Köpenickviertel usw., die Zahl der Wahlbezirke sich erhöht.

Auch die Vertreter der Wahlbezirke, die Stadtverordneten, werden ein wenig hin und her geschoben. Im allgemeinen wird jedem Stadtverordneten derjenige Bezirk zugewiesen, der noch ein möglichst großes Stück seines bisherigen Bezirkes mit einschließt. Da aber die älteren Stadtteile, wie schon gesagt, in weniger Bezirke als bisher zerlegt worden sind, so müssen einige der hier gewählten Stadtverordneten es sich gefallen lassen, daß ihnen in ihrem bisherigen Stadtteil kein Bezirk wieder zugewiesen werden kann. Sie werden in neuere Stadtteile versetzt und mit den übergründigen Bezirken abgefunden, die durch die Neueinteilung da

brauchen entstanden sind. In der inneren Luisenstadt z. B., wo bei der Neueinteilung zwei der alten Wahlbezirke „eingeschluckt“ worden sind, werden zwei Stadtverordnete abgeschafft. Dieses Schicksal hat unsere Genossen Boerner und Kerfin getroffen, die hier bisher die Bezirke 17 und 18 vertraten. Sie werden der eine nach dem Stadtteil vor dem Frankfurter Tor, der andere nach dem Gesundbrunnen versetzt, wo es ihnen wahrscheinlich nicht schlechter behagen wird. Kinder angenehm dürfte es z. B. dem freisinnigen Stadtverordneten Leis sein, daß er seinen zu der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt gehörenden Bezirk 2 verläßt und einen neuen Bezirk im äußersten Teil des proletarischen Wedding als Ersatz hinnehmen muß.

Für alle Kommunalwähler der dritten Klasse wird die folgende Gesamtübersicht der durch die Neueinteilung entstehenden Wahlbezirke von Interesse sein. Wir fügen die Stadtverordneten bei, die den einzelnen Wahlbezirken zugewiesen worden sind.

Wahlbezirk	umfaßt die Stadtbezirke	Stadtverordneter
1	1-10, 210-217	Giese
2	11-30, 118, 120	Reitig
3	31-42, 50-53, 56A	Renzel
4	43-49	Marggraf
5	55, 56B-62	Häfner
6	63, 65-67, 69	Dupont
7	68A u. B, 70-75B	Bernstein
8	76A-78C	Gottfr. Schulz
9	79-81, 84-92	Boehm
10	93-96, 110-113B	Tollsdorf
11	103-109	Stadthagen
12	82, 83, 97-105	Rann
13	114-117, 119, 121-126, 181-184	Habel
14	127-130, 135-144	Rosenow
15	145-152, 154, 162, 163	Manasse
16	164-168, 169-175A	Baehner
17	167A-E, 177B, E, F	Schneider
18	175B-177A, 177C u. D, 178A-C	Boerner
19	181A, 181C-J	Bruns
20	179A-C, 180A-D, 189C	Rucht
21	181B, 190A-F, 191	Wille
22	153, 155-161, 180A, B, E	Wengels
23	180D u. F, 183C, D, G, H	Seimann
24	192-198B, 198E u. F, 194A-C	Sassenbach
25	182-188, 195-201	Hoffmann
26	202-209, 218-222, 225-226	Alt
27	223, 224, 227-236	Wehl
28	237-241, 242B, 243A-245	Rohlsenger
29	242A u. C, 247A-E	Pfischer
30	246A, B, D, 248A-C	Kolokolowky
31	249A-F	Jubel
32	246C, 250A-E	Pionnisch
33	254A, C, E, 251	Leib
34	251-253, 254B, 258-260, 265-267	Bruntwald
35	261A-264, 276-278	Marx
36	255-257, 268-272, 274A u. B	Ritter
37	273, 275, 300-304	Liebknecht
38	279-287C	Bitterhof
39	288A-290C, 294A u. B	Cohn
40	291A-C, 292A-C, 293A u. C	Emald
41	293B u. D, 295-299	Blode
42	305, 308A-E	Kronz
43	306, 318-320A, 320C, 325B	Kerfin
44	320B, 322, 323A-324	Wurm
45	313, 325A, 326A-D	Rosenfeld
46	307, 314A-317	Sinje
47	309-310D	Regle
48	311A-312	Leis

Wie man hier sieht, kommt es zu einer sehr weitgehenden Umwälzung. Viele Stadtbezirke samt ihren wohlberechtigten Bewohnern werden aus ihrem bisherigen Wahlbezirk herausgenommen und mit benachbarten Stadtbezirken, die aus anderen Wahlbezirken herausgenommen werden, zu neuen Wahlbezirken zusammengefaßt. Wie hierdurch zahlreiche Wähler von ihrem bisherigen Stadtverordneten getrennt und einem anderen Stadtverordneten zugewiesen werden, so werden andererseits mehrere Stadtverordnete von ihrem ganzen Wahlbezirk samt allen Wählern vollständig losgelöst und nach anderen Stadtteilen hin-ausversetzt. Außer den schon oben erwähnten Stadtverordneten Leis, Boerner, Kerfin sind hier noch zu nennen Sassenbach, Jubel, Wille, Rucht, Rosenfeld, Kolokolowky, Reitig. Auch die Ummumerierung der Bezirke wird es den Wählern fürs erste etwas erschweren, sich zurechtzufinden.

Unter den 48 Stadtverordneten, die für die Zuteilung zu den 48 Wahlbezirken der dritten Klasse in Frage kommen, sehen wir 38 Sozialdemokraten und noch 10 Freisinnige. Freisinnig sind Giese, Reitig, Rosenow, Alt, Bitterhof, Leis, Renzel, Marggraf, Häfner, Kolokolowky; die vier letztgenannten bezeichnen sich als „Sozial-Fortschrittler“. Einige von ihnen werden von der Neueinteilung ganz und gar nicht erfaßt sein, weil sie im voraus wissen, daß sie in den ihnen zugewiesenen Bezirken nach Ablauf ihrer Mandate auf keine Wiederwahl zu rechnen haben. Hoffentlich wird der Tag nicht mehr allzufern sein, wo einmal sämtliche Bezirke der dritten Klasse unbeschränkter Besitz der Sozialdemokratie sind.

Achter ordentlicher Genossenschaftstag.

Zweiter Verhandlungstag.

Leipzig, 20. Juni.

Der heutigen Sitzung wohnte als Vertreter der sächsischen Staatsregierung Regierungsrat Dr. Dietrich bei. Zunächst wird der

Bericht des Vorstandes

entgegengenommen, den der Vorsitzende Kadeßod-Dresden erstattete. Nachdem Redner sich ausführlich über die von uns in einem besonderen Artikel gewürdigte Entwicklung des Zentralverbandes verbreitet hat, bespricht er im einzelnen die Tätigkeit des Vorstandes. Der Ausbau der Feuerversicherung sei wiederum Gegenstand eingehender Beratungen gewesen. Nachdem das System der Feuerversicherung der Mitglieder auf Grund feststehender Policen durch Einspruch des Reichsversicherungsamtes sich als undurchführbar erwiesen hatte, habe ein anderer Weg zu diesem Ziele gesucht werden müssen. Mit der Welterneuerung der Konsumvereine habe sich der Vorstand wiederholt befaßt. Es sei geplant, sämtliche Revisionsverbände im Herbst dieses Jahres zu einer Sonderberingung einzuladen, in der zur Steuerfrage Stellung genommen wird.

Bericht des Generalsekretärs

Referent Heinrich Kaufmann-Hamburg, entgegengenommen. Die Tatsache, daß die Gründung des Zentralverbandes in Sachsen erfolgte und der Genossenschaftstag nun zum zweiten Male in diesem Lande tagt, veranlaßt Kaufmann zu einem längeren historischen Rückblick, in dem er zahlenmäßig die Entwicklung des Zentralverbandes und seiner verschiedenen Einrichtungen schildert. (Die wichtigsten Zahlen wurden bereits veröffentlicht.) Mit großer Befriedigung wies Kaufmann auf die enorme Ausdehnung des Zentralverbandes hin. Der Gesamtumfang sei von 176 Millionen Mark auf 433 Millionen Mark und die Zahl der beschäftigten Personen von 7000 auf 19.000 gestiegen. Mit dem äußeren Wachstum der Organisation sei der innere Ausbau Hand in Hand gegangen. Von größter Bedeutung für eine erfolgreiche Entwicklung sei eine friebliche Gestaltung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses. Schon auf dem konstituierenden Genossenschaftstag sei man sich einig gewesen, daß Tarifverträge mit den Gewerkschaften

abgeschlossen werden müßten. Den ersten Tarifverträgen mit dem Transportarbeitern sei auf dem Genossenschaftstag in Stuttgart 1906 zugestimmt worden. Seit dieser Zeit — Redner bespricht die einzelnen Phasen sehr eingehend — sei die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge immer größer geworden. Für die Genossenschaften sei es ja nicht immer leicht gewesen, zum Tarifabschluß zu kommen, es seien viele Widerwärtigkeiten zu überwinden gewesen. Die Behandlung der Tariffrage auf dem Düsseldorf Genossenschaftstag habe zu einer „kleinen Hege“ gegen die Genossenschaften geführt. Durch die Einsetzung des Tarifamtes und der festen Verbindung mit der Generalkommission seien manche Differenzen aus dem Wege geschafft worden. In den letzten Jahren wurden neue Tarife mit den Wälzern und den Transportarbeitern abgeschlossen. Dadurch blieb Zeit für die Festsetzung der Vereinbarungen des Zentralverbandes mit der Generalkommission, denen der letzte Genossenschaftstag bereits zugestimmt. Der Gewerkschaftskongress hat sich mit diesen Vereinbarungen noch zu beschäftigen, sie zu sanktionieren. Dann muß zur praktischen Durchführung der Vereinbarungen geschritten werden, und zwar zunächst der Vereinbarungen bezüglich der Heimarbeit und der Strafanstaltserzeugnisse. Es wurde gewünscht, daß ich zu der dritten Vereinbarung, „Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit Unternehmern vereinbarten Tarife“, einen Kommentar gebe. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir nur mit solchen Unternehmern Verbindungen eingehen, die erstens die gewerkschaftlichen Organisationen als berechnete Faktoren anerkennen, zweitens die gewerkschaftlich üblichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugestehen und drittens, soweit allgemeine Tarife vorhanden sind, wie bei den Buchdruckern, Bauarbeitern usw., diese voll anerkennen. Wir können also nur mit solchen Unternehmern zusammen arbeiten, die als anständige Arbeitgeber bezeichnet werden können. Das muß Grundgesetz bleiben. Redner verbreitet sich im weiteren auch über die übrigen Vereinbarungen mit der Generalkommission. Diese hätten aber auch ihre Rehrseite. Schundwaren gebe es überall. Die Arbeiterschaft muß darüber aufgeklärt werden, daß eine zu anständigen Bedingungen hergestellte Ware auch einen angemessenen Preis bedingt. Wir müssen den Konsumenten klarmachen, daß den billigen Preisen nachzulassen, unmoralisch ist. In Gemeinschaft mit der Generalkommission soll ein entsprechender Aufruf über die ganzen Vereinbarungen erlassen werden. Kaufmann verbreitet sich dann über die

genossenschaftliche Bildungsfrage.

Die Tätigkeit der auf dem letzten Genossenschaftstag angeregten und später eingesetzten Kommission für genossenschaftlichen Fortbildungunterricht habe sich hauptsächlich auf die Weiterbildung der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder der Konsumvereine erstreckt. Von der Schaffung einer Konsumgenossenschaftlichen Hochschule sei man, daß wolle er zur Verübung aller Bildungsfeinde sagen, noch sehr weit entfernt. Die Ausbildung von Lehrlingen in den Konsumvereinen dürfe nur in beschränkter Zahl vorgenommen werden. Höchstens ein Viertel der beschäftigten ausgebildeten Personen. Die Lehrlinge sollten aber nicht im Verkauf, sondern nur im Bureau beschäftigt werden.

Dem Versicherungswesen

haben wir wiederholt unser Augenmerk geschenkt, wir haben uns aber noch nicht mit der Volksversicherung beschäftigt, die ein ungeheuer wichtiger Zweig des Versicherungswesens ist. Eine große Zahl Arbeiter hat sich bei Volksversicherungen verschrieben, die eine außerordentliche Verbreitung gefunden haben. Bei dieser Volksversicherungen haben sich aber schwere Auswüchse gezeigt, die eine ungeheure Schädigung der Versicherten, den Gesellschaften aber große Gewinne bringen. So hat ein Direktor eines solchen Gesellschafts in einem Jahr eine Lantime von 700.000 We bekommen. (Hört! hört!) Ganz raffiniert ist bei diesen Gesellschaften das System der Verfallung der Versicherung. Bei den deutschen Gesellschaften verfielen in einem Jahre für 148 Millionen Mark Versicherungen, davon allein bei der „Victoria“ 57 Millionen Mark! Es ist daher erklärlich, daß die Generalkommission sich mit dieser Materie beschäftigt und unterfuchte, in welcher Weise dieses ausbeuterische Vorgehen der Gesellschaften unterbunden werden kann. Die Generalkommission trat an uns heran, um gemeinsam vorzugehen und Pläne auszuarbeiten. Das Resultat ist, daß Grundzüge zur Errichtung einer Volksversicherung ausgearbeitet wurden. Wir haben uns dabei auf den Grundgesetz gestellt, daß die Träger dieser Versicherung die bestehenden Organisationen, die Gewerkschaften und die Genossenschaften, sind. Von dem geleisteten Beitrag soll dem Versicherten kein Pfennig verloren gehen, auch wenn er nicht weiter Beiträge entrichtet. Der eingezahlte Beitrag kann zurückgehoben werden, anderenfalls bleibt der Anspruch bestehen. Die Organisation soll den Namen „Volksfürsorge, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Fürsorgeversicherung“ erhalten und den Charakter einer freiwilligen Versicherung haben! Redner bittet zum Schluß seiner Ausführungen um Zustimmung zu folgender Resolution:

„Der achte ordentliche Genossenschaftstag beauftragt den Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Frage der allgemeinen Volksversicherung ihr Augenmerk zuzuwenden und in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, denjenigen Mitgliedern, die sich aus der heutigen Handhabung des Volksversicherungswesens durch gewisse Kapitalgesellschaften entwidelt haben, entgegenzutreten.“

An die Berichte schließt sich eine ausführliche

Debatte.

Zunächst begründet Müller-Sakelubh eine von ihm und zahlreichen Delegierten eingebrachte Resolution, wonach der Genossenschaftstag die auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen sowie die auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg auf die Konsumgenossenschaftliche Bewegung bezugnehmenden Beschlüsse begünstigt. Der Genossenschaftstag erklärt darin eine wesentliche Förderung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung und ein Mittel zur Befreiung der noch in Arbeiterkreisen herrschenden Vorurteile gegen die Genossenschaften.“

Josephohn-Hamburg, Vertreter des Handlungsgehilfenverbandes, betont, daß Ziel der Errichtung eines Reichstarifs werde von seiner Gewerkschaft und wohl auch von anderen nicht aufgegeben werden. Aber zuerst gelte ihr Bestreben dem Abschluß örtlicher Tarifs. Er bitte, diesen Bestrebungen entgegenzukommen. Bezüglich der von Kaufmann vorgeschlagenen Ausbildung von Lehrlingen macht Josephohn auf die dabei entstehenden Schwierigkeiten aufmerksam. Dies Ausbildung dürfe nur mit größter Vorsicht ins Auge gefaßt werden, man habe dabei eine große moralische Verantwortung.

Geisel-Frankfurt a. M. wünscht, daß die Veröffentlichung des Jahresberichts als abgeschlossenes Ganzes vorgenommen wird und nicht in der bisherigen Form als Beilage in der „Rundschau“. Schmidt-Eberfeld stimmt dieser Anregung zu. Bezüglich der Vereinbarung über Vorkontrollierungen bemerkt Redner, es wäre angebracht, daß die Zentralinstanzen der Gewerkschaften Instruktionen herausgeben, wie sich die unteren Instanzen zu verhalten haben. Die Resolution Müller sei überflüssig, da der Internationale Genossenschaftstag eine entsprechende Resolution gefaßt habe.

Bauer-Mainz: Wenn die Ausbildung der Lehrlinge planmäßig vorgenommen werden soll, sei die Herausgabe eines Konsumgenossenschaftlichen Handbuchs, ähnlich wie dieses von Oppermann und Häntche notwendig.

Raier-Stettin meint, die Lehrlinge könnten auch im Verkauf ausgebildet werden. Es soll aber eine Reduzierung der Lehrlinge vorgenommen werden.

Richard Wagner als „Anarchist“.

Ein Anarchistenprozeß, der durch die Verlesung des Verfassers eines als staatsgefährlich angesehenen Artikels das weitgehende Interesse hervorgerufen dürfte, beschäftigt gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sylettkötter die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Vergehens gegen die §§ 110 u. 130 St.-G.-B. (Aufzweckung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Aufreizung zum Klassenhaß) war der verantwortliche Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Der freie Arbeiter“, der Schneider Johann Kay, angeklagt. — In der Nr. 18 des „Freien Arbeiters“ vom 6. Mai dieses Jahres erschien unter der Spitzmarke „Die neue Revolution“ ein Artikel, welcher sich mit der Verherrlichung der revolutionären Ideen beschäftigte. Als Verfasser des Artikels war einfach der Name „Richard Wagner“ angegeben. Die Staatsanwaltschaft erblidte in dem Inhalt eine öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und ferner eine den öffentlichen Frieden gefährdende Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zur Begehung von Gewalttätigkeiten gegen einander. Dieser Artikel stellt, wie sich ergab, eine wortgetreue Wiedergabe eines von dem Komponisten Richard Wagner in seinen Jugendjahren verfaßten Aufsatzes dar. Der wortgetreue Artikel erschien im Jahre 1849 aus der Feder Richard Wagners in den „Sächsischen Volksblättern“ in Dresden und führte dazu, daß Richard Wagner flüchten mußte und dann im Jahre 1852 als politischer Flüchtling in Zürich eine Zufluchtstätte fand. Derselbe Artikel befindet sich auch in dem im vergangenen Jahre bei Schuster u. Köhler in Leipzig erschienenen Werke „Der junge Wagner“ von Dr. Julius Knapp, welches bisher unbeanstandet geblieben ist. — In der geistigen Verhandlung vertrat der Vertreter der Anklage den Standpunkt, daß in dem Artikel eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze zu erblicken sei und auch gegen Richard Wagner, wenn er sich im Geltungsbereich des heutigen Strafgesetzes befunden hätte, die gleiche Anklage hätte erhoben werden müssen. Hinzu komme außerdem noch, daß der Artikel in einem Wette erschienen sei, welches die Anwendung von Gewalt predige und als staatsgefährlich zu bezeichnen sei. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Volksverleumdungen beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Kay 4 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Holpert beantragte die Freisprechung des Angeklagten, da der Artikel ein philosophisch-spekulatives Gemälde darstelle, welches sich auf einem Untergrund sozialer Verhältnisse aufbaue und lediglich dichterische Phantasie zeige und dichterische Zwecke verfolge. — Das Gericht gelangte nach kurzer Beratung zu einer Freisprechung des Angeklagten, da der Artikel lediglich als eine Apotheose bezw. als eine poetische Verherrlichung der Revolution zu bezeichnen und so allgemein gehalten sei, daß von einer strafbaren Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder von einer Anreizung zum Klassenhaß keinesfalls die Rede sein könne.

Die gefälschte Zeugenvorladung.

Ein recht georgetes Kunststückchen führte den Kaufmann Wilhelm K. unter der Anklage der Urkundenfälschung vor die 3. Strafkammer des Landgerichts III. — Der Angeklagte war in einer Strafsache zum 30. März vor das Landgericht III als Zeuge geladen. Anscheinend verlegte er die Vorladung, so daß er das Datum des Termins vergaß. Als er schließlich an dem Terminstage die Vorladung fand, war es bereits zu spät. Da J. annehmen konnte, daß er wegen des unentschuldigtem Ausbleibens in eine Ordnungstrafe genommen worden war, kam er auf die recht gefährliche Idee, das Datum auf der Vorladung umzuändern. Am nächsten Tage erschien er mit dem harmlossten Gesicht der Welt vor Gericht und tat sehr erstaunt, als ihm gesagt wurde, daß der Termin schon am vorherigen Tage gewesen und er in eine Ordnungstrafe genommen worden sei. Hierbei wies er die Vorladung vor, auf welcher tatsächlich der 31. März als Tag des Termins angegeben war. In der Gerichtsschreibererei wurde jedoch bald festgestellt, daß das Datum, welches ursprünglich auf der Vorladung gestanden hatte, wegradiert worden und dafür die Zahl „31“ geschrieben worden war. — Diese Manipulation kam dem Angeklagten sehr teuer zu stehen, denn die Strafkammer erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte versucht habe, die Gerichtsbehörde in der gröblichsten Weise zu täuschen, auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Wir ersuchen nun die geehrten Klassenverbände, zu dieser Angelegenheit möglichst umgehend Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und die Konferenz zu beschicken.

Alle Anfragen oder Zusendungen, die Konferenz betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten. — Anfragen wegen Wohnung sind an den Obmann des Wohnungsausschusses, Herrn Otto Thielemann, Werderstr. 4, zu richten.

Der geschäftsführende Ausschuss der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg. J. A.; E. Simonowitsch, Vorsitzender, Berlin, Alexanderstraße 80/40.

Ist bei Verrechnung von Teilbeträgen der Februar zu 30 Tagen zu rechnen?

Diese Rechtsfrage, die im gewerblichen Leben oft Anlaß zu Streitigkeiten bildet, entschied das Gewerbegericht Hamburg in verneinendem Sinne. Der die Klage erhebende Gehilfe war bei dem beklagten Meister bei einwöchiger Kündigungsfrist mit 120 M. Monatsgehalt angestellt. Als er nach erfolgter Kündigung fristgerecht am 25. Februar entlassen wurde, zahlte ihm der Beklagte für 25 Tage a 4 M. = 100 M., indem er auf den Tag den 30. Teil des Monatsgehalts rechnete. Kläger dagegen rechnete mit der wirklichen Anzahl der Februartage, nämlich im laufenden Jahre 28 Tage, und erhebt Anspruch auf den daraus resultierenden Mehrbetrag. Das Gewerbegericht verurteilte auch demgemäß den Beklagten zur Zahlung von 7 M. — Es liege, so heißt es in der Begründung, gar keine Veranlassung dazu vor, bei Zahlungen von Teilbeträgen eines Monatsgehalts jeden Monat stets zu rund 30 Tagen zu rechnen. Daß sich ein solches Verfahren hier und dort eingebürgert, so müßte es jedenfalls bezüglich des Februarmonats als eine grobe Unsitte bezeichnet werden. Die Verrechnung des Beklagten ist also eine unrichtige, der Februar ist pro 1911 zu 28 Tagen zu rechnen.

Ungültige Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb.

Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb sagt im § 7: „Durch die höhere Verwaltungsbehörde kann nach Anhörung der zuständigen Gewerbe- und Handelsvertretungen für die Anklage bestimmter Arten von Ausverkäufen angeordnet werden, daß zuvor bei der von ihr zu bezeichnenden Stelle Anzeige über Grund des Ausverkaufs und den Zeitpunkt des Beginnes zu erstatten sowie ein Verzeichnis der auszuverkauften Waren einzureichen ist.“

Der Regierungspräsident zu Hannover hat nun, wie andere Regierungspräsidenten auch, unter dem 15. August 1910 eine entsprechende Ausführungsverordnung ergehen lassen, in der es heißt: „Alle Warenverkäufe, die unter der Bezeichnung eines Ausverkaufs oder einer nach dem § 9 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gleichartigen Bezeichnung angekündigt werden, müssen spätestens zwei Wochen vor ihrem Beginn bei der zuständigen Stelle angezeigt werden.“ — Nach der Verordnung sind zuständige Stellen für die Anmeldung der Ausverkäufe in den Städten Hannover und Linden die Handelskammer in Hannover, in den übrigen Gemeinden die Ortspolizeibehörden, in deren Bezirk die Ausverkaufsorte belegen sind.

Der Kaufmann M. in Hannover hatte nun eine solche Anzeige nicht gemacht, obwohl er als Inhaber des Warenhauses M. u. Comp. in Hannover im „Hannoverschen Anzeiger“ für bestimmte sechs Tage einen „Spezialverkauf zurückgesetzter Waren“ zu herabgesetzten Preisen angekündigt und demgemäß vorgenommen hatte. Das Landgericht in Hannover verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 50 M., indem es die Verordnung des Regierungspräsidenten für rechtsgültig erachtete. Das Kammergericht gab jedoch der Revision des Angeklagten statt und sprach ihn wegen Ungültigkeit der Verordnung des Regierungspräsidenten frei. Es wurde ausgeführt: Entscheidend sei der § 7 Absatz 2 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. (Oben zitiert.) Auf dessen Wortlaut komme es an. Da aber heiße es, daß für bestimmte Ausverkäufe ujm. durch die höhere Verwaltungsbehörde eine entsprechende Anzeigepflicht vorgeschrieben werden könne. Mit dem Wortlaut und Sinne dieser Vorschrift des Gesetzes setze sich die Verordnung des Regierungspräsidenten in Widerspruch, wenn sie die Anzeigepflicht für „alle Warenverkäufe, die ujm.“, Das gehe nicht gegenüber der Beschränkung der gesetzlichen Befugnisse auf „bestimmte“ Ausverkäufe. Deshalb sei die Verordnung des Regierungspräsidenten ungültig.

Um breitt. Berlin, Vertreter der Generalkommission, befaßt gegenüber den Ausführungen Schmidts zur Wohlfahrtfrage, diese Vereinbarung sei bei den unteren Instanzen noch nicht genügend bekannt, da sie bisher als vertraulich behandelt wurde. Die öffentliche Behandlung dieses Punktes hier und auf dem Gewerkschaftsfesttag mache die Herausgabe besonderer Instruktionen überflüssig. Um breitt empfiehlt die Einsetzung gewerkschaftlich-gewerkschaftlicher Propagandakommissionen für das örtliche Wirken für die Genossenschaften. Er tritt dann für die Resolution Kaufmann zur Versicherungsfrage ein. Es liege eben so sehr im Interesse der Genossenschaften wie der Gewerkschaften, hier einzugreifen und ein gemeinsames großes Werk zu schaffen, bei dessen Schaffung die Mitglieder an die Sicherung ihrer Zukunft denken können.

Durch Schlußantrag wurde nun die Debatte geschlossen. Im Schlußwort empfiehlt Kaufmann die Resolution Müller zur Annahme. Er werde es auch begrüßen, wenn eine andere große Partei solch eine Haltung zur Genossenschaftsfrage einnehme wie die sozialdemokratische.

Bei der Abstimmung werden die Resolutionen Kaufmann und Müller einstimmig angenommen.

Heber die

Entwicklung der Unterstufungskasse des Zentralverbandes deutscher Kaufmännervereine

Berichtet nun Kretschmar. Hamburg: Die Kassenzeit für die Gewährung von Unterstufungen sei nun verfloßen, so daß nun die Mitglieder, die bei der Gründung der Kasse dieser gleich beitrugen, eventuell Unterstufungen erheben können. Die Zahl der angeschlossenen Personen stieg im Berichtsjahre von 3808 auf 4825. Die Einnahmen 1910 betragen 509 254,51 M., die Ausgaben 45 682,69 Mkt. Das Vermögen der Kasse betrug Ende 1910 1 588 462,89 M., gegen 1 119 800,57 M. Ende 1909.

An den Bericht schloß sich keine Debatte.

Die Verhandlungen wurden nun auf Mittwoch vertagt.

Soziales.

Krankenkassentag der Provinz Brandenburg.

Laut Beschluß der 6. Konferenz der Krankenkassen der Provinz Brandenburg vom 8. Juli 1910 findet die diesjährige Konferenz in Brandenburg a. O. statt.

Der Unterzeichnete ladet daher zur

7. Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg auf Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, nach Brandenburg a. O.

im großen Saale des Schweizergartens, Grabenstr. 14, sämtliche Krankenkassenverbände der Provinz Brandenburg hiermit ergebenst ein.

Da die Tagesordnung ziemlich reichhaltig ist, findet bereits am Sonnabend, den 1. Juli, abends 7 Uhr, im kleinen Saal des Schweizergartens eine Vorkonferenz statt. In derselben sollen verschiedene Angelegenheiten erledigt werden, wie z. B. die definitive Festsetzung der Tagesordnung, die Wahl des Bureau, die Prüfung etwaiger eingegangener Anträge und anderes mehr.

Am Sonnabend, den 1., und Sonntag, den 2. Juli 1911, wird ein Empfangskomitee am Bahnhof anzutreffen sein. Als Erkennungszeichen tragen die Mitglieder desselben eine weiße Kofette.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Verwaltung und Bericht der Revisoren.
2. Vortrag über: Die Reichsversicherungsordnung nach den Verhandlungen des Reichstags. Referent: Herr C. Stoblenzer.
3. Vortrag des Herrn Prof. Dr. R. Hennhoff über: Behandlung und Bekämpfung der Tuberkulose in den Krankenkassen.
4. Vortrag des Herrn Wb. Kohn über: Verwaltungsfragen, unter Berücksichtigung der Reichsversicherungsordnung.
5. Wahl des Tarifamtes der Krankenkassen.
6. Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses.
7. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.
8. Verschiedenes.

Nachruf. Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Gdöllower Viertel. Robert Becker. Gestorben am 19. Juni 1910. Die Beerdigung findet am 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kasareith-Kirchhofes, Reinickendorf, aus statt.

Nachruf. Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann, unser guter Vater und Bruder, der Herr Wilhelm Krüger nach langem schweren Leiden am Montag, den 19. Juni, im Alter von 38 Jahren sanft entschlafen ist.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege Adolf Gätke am 19. Juni im Alter von 34 Jahren verstorben ist.

Hermann Franz. Tempelhofer Straße 18a am 19. Juni im 43. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schönberger Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr Wilhelm Krüger am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung verstorben ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Treptow-Baumschulenweg. Hermann Schleicher. Beermannstr. 6 (Bezirk 6) verstorben ist.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlreiche Schöneberg. Hermann Franz. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Restaurateur Hermann Franz verstorben ist.

Spar-Verein „Einigkeit“ zu Schöneberg. Hermann Franz. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kassier, der Herr Hermann Franz verstorben ist.

Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr Willi Kusche am 16. d. Mts. an Lungenerkrankung verstorben ist.

Johanna Heimfarth. Am Montag, den 19. Juni, verschied im Kubow-Krankenhaus meine liebe Frau Johanna Heimfarth geb. Daniel.

Witwe Ortwein. Für die Beweile herzlicher Teilnahme und die Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Stiefvaters, sage ich der Direktion der Schultheiß-Brauerei, Abt. I, allen meinen Kollegen, dem Verband der Brauerei- und Wäblenarbeiter, dem 6. Berliner Reichstagswahlkreis, insbesondere den Genossen vom Bezirk 567 sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten sage ich für die anlässlich des Todes unseres lieben Sohnes Arnold gemachten Kranzsenden und innige Teilnahme herzlichsten Dank.

Humor Putzt alle Metalle sauber und geruchlos. Flaschen von 10 Pf. an. Ueberall zu haben in Humor-Werke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Phänomenen-Gold Feinste Cigarette Stck. 2, 3, 4, 5 Pf. Ueberall zu haben

Partei-Angelegenheiten.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet gemeinsam für die Ortsgemeinden Königs- und Deutsch-Wusterhausen, Döber- und Niederlehme, Wildau, Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf, Mittenwalde, Schenkeberg, Senzig, Jernsdorf eine öffentliche Versammlung im Lokale von Wilhelm Thormann, Neue Mühle, statt. Tagesordnung: Koalitionsrecht - Polizeivillkür. Referent: Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Karl Liebnicht-Berlin. Diskussion. Die Genossen des Wahlvereins Königs-Wusterhausen treffen sich zur Flugblattverbreitung am Freitag, den 23. d. M., abends 7 Uhr, in den bekannten Bezirkslokale. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Havelstrand.

Von Wannsee nach Potsdam führen drei Wege. Eine schmurgerade Chauffee für Automobilfahrer. Eine zweite, die in weitem Bogen sich nach Moorlake und von da zur Glienicker Brücke schlängelt. Sie gibt hübsche Waldbilder und man kann neben der Chauffee gehen, muß aber außer der Waldluft auch das Benzin der Autos und an heißen Tagen die Zyklore atmen, die sie durch die Luft wirbeln. All dem Ungemach entgeht man, wenn man den dritten Weg wählt und sich von dieser Chauffee gleich hinter Wannsee rechts ab so lange nach rechts in die Büsche schlägt, bis man das hohe Ufer der Havel erreicht hat. Dann hat man wieder die Wahl, ob man oben auf dem Steilufer unter den Kiefern das Ufer verfolgen will, oder ob man die Stufe herabsteigt zum schwarzen, stellenweise bisweilen etwas feuchten Fußpfad zwischen See und Sand.

Steigt man oben, so hat man die mächtige Schilfzone unter sich, die bereits zwei bis drei Meter hoch in die Lüfte ragt, und kann ungehindert das Leben auf dem Wasser verfolgen. Das Spiel der Möven und Wasserhühner, das fahrplanmäßig geordnete Hin und Her der Dampfer und das regellose Dahintrieb der Ruderboote, in denen die treibenden menschlichen Arme tokmäßig arbeitenden Automaten anzugehören scheinen. In den verächtlichsten Richtern blüht die Wasserfläche auf, der blaue Saum des langgezogenen Grünwaldes gibt den Hintergrund und weißer Sand die malerischen Kontraste.

Steigt man zum Ufer hinab, aus dem trocknen Nadelwaldboden zum üppig grünenden Seerand, so empfindet man zunächst, was das Wasser auch aus dem Sande hervorzutreiben vermag. Wie eine Wand hat man bisweilen das Schilf zur rechten, und nur ab und zu öffnet sich eine Anlegestelle für Ruderboote, die aber immer wieder zuwachsen würde, wenn man sie nicht ständig im Streit mit der Vegetation offen hielt. Hier treiben die Schalen der Schnecken und Muscheln über den Sand, und mancherlei läßt sich erbeuten für das Zimmer-Aquarium.

An den feuchteren Stellen vor der Schilfzone blühen in Massen gelbe Ranunkeln und halb verborgen die blauen Bergglocken. Man hört das Wasser gegen die Schilfstengel plätschern, wenn ein Dampfer seine Furchen gezogen hat, und das unausgelebte glucksende Rufen der Wasserhühner. Alles aber überläßt der knurrende Gesang des Rohrperlings, den man bei einiger Aufmerksamkeit zwischen den Schilfstengeln herumfliegen sehen kann, wo er sein gut gesichertes Nest hat. Seine Stimme vereinigt virtuos das Quaken eines heiseren Frosches mit lauten Pieptönen, die miteinander einen Gesang imitieren, der schwer in Not zu setzen sein dürfte, aber stets erweiternd wirkt.

Die Natur hat für dieses Jahr ihren Höhepunkt erreicht. Auch in der Stadt, auf dem Leipziger Platz, stehen die alten Linden im Schmuck der Blüten und senden aus weißen Dolden unter grünen Schirmen ihren Duft auf die hastenden Menschen herab.

Was wird aus der Luftbarkeitssteuer.

Die Luftbarkeitssteuervorlage befindet sich zurzeit in einem Aufschusse, an dem sie zum zweiten Male von der Stadtverordnetenversammlung verworfen worden ist. Dieser Ausschuss hat getagt und beschlossen, vom Magistrat eine definitive Antwort zu verlangen über die Stellung zu den königlichen Theatern; der Magistrat solle eine authentische Erklärung des Hausministeriums herbeiführen, wie es sich zur Zahlung der Luftbarkeitssteuer durch die königlichen Theater stelle. Da aber der Magistrat in dieser Sache nichts mehr von sich hören ließ, richtete die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat eine Interpellation, in der um Auskunft in dieser Sache ersucht wurde. Die Interpellation konnte bisher noch nicht verhandelt werden, da der Magistrat sich nicht darüber äußerte, ob und wann er dieselbe zu beantworten gedenke. Jetzt teilt der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme mit, daß er beschlossen habe, von der ihm angedachten Verhandlung mit dem königlichen Hausministerium abzusehen; der Magistrat habe noch in einen Zweifel gelassen über die grundsätzlichen Erwägungen, aus denen er eine vorgängige Verständigung mit dem königlichen Hausministerium nicht für angemessen erachte.

Jetzt wird der Ausschuss von neuem zusammentreten und endgültig seine Entscheidung fassen müssen. Unseres Erachtens kann sie nur ablehnend lauten. Dieser Entschluß sollte aber so schnell wie möglich gefaßt werden, sobald noch vor Beginn der Ferien die Stadtverordneten-Versammlung die unglückselige Steuerordnung verschwinden lassen kann und weite Kreise von einem drückenden Alp befreit werden.

Stadtverordnetenwahlen am Sonntag.

Zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung an einem Sonntag vorzunehmen, wird uns mitgeteilt, daß dieser Antrag bereits bei einer früheren Gelegenheit die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung gefunden hat, daß aber der Magistrat diesem Beschlusse nicht beigetreten ist.

Umschulungen von Gemeindeforschulkindern

sollen in Berlin künftig möglichst nicht mehr ohne Zustimmung der Eltern erfolgen. Auch wenn ein Kind bei einem Wohnungswechsel aus dem Bezirk der bisher besuchten Schule weggezogen ist, soll in der Regel eine Ueberweisung des Kindes an eine andere Schule den Eltern nicht gegen ihren Willen ausgezungen werden. Wir hatten diese erfreuliche Meldung wiedergegeben (in Nr. 131) mit dem Vorbehalt, daß die vernünftige Maßregel hoffentlich nicht bloß auf dem Papier bestehen bleiben

werde. Wie zahlreich bisher die Umschulungen in Berlin gewesen sind, das zeigen wir an einer Umschulungsstatistik aus dem Schuljahr 1909/10, dem letzten, aus dem hierüber Angaben vorliegen. In einem einzigen Halbjahr hatte man nur aus Rücksicht auf die Frequenz 8648 Kinder umgeschult, teils zur Entlastung überfüllter Klassen und zur Füllung schwachbesetzter Klassen, teils wegen Auflösung schwachbesetzter Klassen und wegen Ueberweisung überzähliger Klassen an andere Schulen. Von den noch sehr viel zahlreicheren Umschulungen wegen Wohnungswechsels wollen wir hier mal ganz absehen. Zu jener Meldung über eine Reform des Umschulungsverfahrens wird uns jetzt von dem Vater eines Gemeindeforschülers die Klage vorgebracht, daß in der 44. Anaben-Gemeindeforschule (Wilhelmstraße) noch zu Ostern dieses Jahres eine Massenumschulung verfügt worden sei. Aus Klasse II habe man 10 Schüler, für die in ihr kein Platz mehr vorhanden war, nach einer Nachbarschule (Tempelhofer Ufer) abgeschoben. Auch sein Sohn sei von diesem Schicksal getroffen worden, obwohl er bereits eine Reihe von Jahren hindurch die 44. Gemeindeforschule besucht hatte. Die Umschulung sei erfolgt ohne Wissen und Willen des Vaters. Dieser erklärt sie sich daraus, daß in der 44. Schule nur eine einzige Klasse II besteht, in der die Osterschüler und die Michaelischüler gemeinsam unterrichtet werden. Darum sei jetzt für die Klasse eine Ueberfüllung entstanden, so daß 10 Schüler umgeschult werden mußten.

Die Annahme des Vaters wird zutreffen. An der 44. Gemeindeforschule werden nicht nur in Klasse I, sondern auch in Klasse II die Oster- und die Michaelischüler gemeinsam unterrichtet. Und diese an Klein- und Dorfschulen erinnernde Anzulänglichlichkeit hat hier seit Einführung des Stufenunterrichts, also seit jetzt mehr als acht Jahren, ununterbrochen bis auf den heutigen Tag bestanden. In Berlin ist es leider die Regel, daß eine Gemeindeforschule die Klasse I nur einmal hat. Daß aber auch die Klasse II nur einmal vorhanden ist, kommt doch nur als Ausnahme vor. Bei der 44. Schule mag der dauernde Fortbestand dieses Ranges als darauf zurückzuführen sein, daß das Schulhaus alt ist - es wurde im Jahre 1868 in Benutzung genommen - und entsprechend den damaligen Verhältnissen für kleinere Schulen berechnet war. 13 Klassen hatte die Schule früher, seit jetzt acht Jahren sind es 14, von denen die eine in der Aula einquartiert ist. Auch für die 27 Mädchen-Gemeindeforschule, die in demselben Schulhaus untergebracht ist, sind nicht mehr als 14 Klassen vorhanden. Sie leidet gleichfalls unter dem Mangel, daß sie nicht nur Klasse I, sondern auch Klasse II nur je einmal hat. Angesichts der Beengtheit dieses Doppel-Schulhauses, das auf einem nur 3000 Quadratmeter großen, heute gerade für eine einfache Schule ausreichenden Grundstück erbaut ist, macht immer dringender sich die Notwendigkeit fühlbar, in der Nähe auf einem anzuliegenden größeren Grundstück ein neues Schulhaus zu errichten. Aber die Schulverwaltung unserer Stadt wird wahrscheinlich aus Sparmaßregeln wieder mal zu dem beliebten Mittel greifen, durch allmähliche Verteilung der Kinder auf die Nachbarschulen diese beiden älteren Schulen leer zu machen, so daß sie dann „überflüssig“ werden und dem Schicksal der Auflösung verfallen. Ob da die Eltern zustimmen oder nicht, danach fragt sie kein Mensch.

Ein Krematorium für Berlin. Das Kuratorium des Berliner Magistrats für das Bestattungswesen beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Errichtung eines Krematoriums durch die Stadt Berlin. Es wurde beschlossen, in dieser Hinsicht sofort nach dem Inkrafttreten des Feuerbestattungsgesetzes den städtischen Behörden bestimmte Vorschläge wegen des Baues eines Krematoriums zu machen.

Resümee! Das Kuratorium des städtischen Obdach befähigt am Mittwoch einstimmig, sofort auf den dem städtischen Obdach in der Friedelstraße gegenüberliegenden freien Grundstücken Notbaracken zu errichten, um die immer mehr zunehmenden geschlechtskranken unter polizeilicher Kontrolle stehenden Mädchen bis zur Fertigstellung des besonderen Krankenhauses unterzubringen und den unheilbaren Zuständen im Obdach wenigstens vorübergehend abzuwehren. - Ebenso wurde einstimmig beschlossen, auf dem dem Siechenhause in der Friedelstraße gegenüberliegenden, der Stadt Berlin gebührenden Grundstück für 750 Personen Notbaracken für nächtliches Obdach zu errichten. Der Magistrat soll am Freitag ersucht werden, die erforderlichen Flächen, die jetzt vermietet sind, am 1. Juli zu kündigen, und Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sollen noch vor den Ferien um Bewilligung einer Summe von 200 000 M. für die Herstellung dieser Baracken ersucht werden. Der einstimmige Beschluß und die vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung anerkannte dringende Notwendigkeit dürfte die Zustimmung beider Körperschaften als selbstverständlich voraussetzen.

Zahlung des Fortbildungsschulgeldes. Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: Für den Unterricht an den städtischen Pflichtfortbildungsschulen erhalten die Lehrer, die den Unterricht nebenamtlich erteilen, das Honorar postnumerando. Als Tag der Auszahlung ist nun schon das zweitemal ein Datum angesetzt worden, das weit hinter dem Ersten des beginnenden Quartals liegt. Das Fortbildungsschulgeld wird den Lehrern wieder erst am 5. Juli ausbezahlt. Zu verlangen hätten sie es doch schon am 1. Juli. Es ist nicht ersichtlich, warum dieser späte Termin gewählt wird. Eine pünktlichere Zahlung wäre erwünscht. Dauerlich ist es auch, daß die Zahlung nicht durch Banküberweisung erfolgt. Die Beträge in ihrer Gesamtheit sind doch so erheblich, daß es sich lohnen würde, zumal meist Lehrer in Betracht kommen, die schon ein Bankkonto haben.

Charité und Finanzministerium. Die kürzlich gerügten sozialen Missetaten des Krankenpflegepersonals in der Charité zu Berlin haben jetzt sogar von ärztlicher Seite einen Protest gezeitigt. In der letzten Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ wird für den Mangel an Personal die jämmerliche Entlohnung verantwortlich gemacht, die den Wärtern und Schwestern zuteil wird. Der dadurch hervorgerufene Mangel an Bezug bewirkt eine Ueberbürdung an Arbeit, so daß viele nach kurzer Zeit wieder ausscheiden, weil sie den übermäßigen Anstrengungen, die man ihnen zumutet, nicht gewachsen sind. Wie arg die Zustände sein müssen, läßt sich daraus ersehen, daß - wie wir bereits mitgeteilt haben, - auf der zweiten Medizinischen Klinik ebenso wie auf der Kinderklinik je eine Station geschlossen werden mußte, weil nicht genügend Personal vorhanden ist! Der Grund zu dieser „ungeheuerlichen Vereinstückung des Krankenhanddienstes“ liegt, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ schreibt, einzig und allein im Verhalten des Finanzministeriums, das stets trotz wiederholter Vorstellungen der Charitéverwaltung hartnäckig die Bewilligung der nötigen Mittel zu einer anständigen Befoldung des Pflegepersonals einfach verweigert hat.

Sigbarrieren will die Pardeputation auch im Humboldthain einrichten. Es ist häufig darüber geklagt worden, daß in den städtischen Parkanlagen zu wenig Siggelegenheiten vorhanden seien. Im Treppower Park haben sich die sogenannten Sigbarrieren, das sind Sigflächen, welche durch Auflegung von Eisenschiemen auf den Giebelstetten geschaffen werden, bewährt. - Ferner sollen auf den Kinderspielflächen Berlins einfache Bänke aus Holzbohlen hergestellt werden, die gleichzeitig als Spieltische benutzt werden können. - Die Deputation hat außerdem beschlossen, die beiden Inselteiche in der Wälder-Theater-Strasse mit Bäumen versehen zu lassen. - Schließlich hat sich die Deputation mit der Verbesserung der Anlagen auf dem Kopenplatz befaßt. Zurzeit stehen Mittel für diesen Zweck nicht zur Verfügung, doch wird die Angelegenheit von der Deputation weiter verfolgt werden.

Der Kaiser und der Berliner Zoologische Garten. Wie wir mitteilen, ist der Kaiser der Ansicht, daß der Berliner Zoologische Garten mehr ein Rendezvousort der Reichen, als der Ort der Belehrung und Erfrischung der weniger bemittelten Schichten sei. Dieser Meinung tritt der administrative Direktor des Zoologischen Gartens, Herr Meißner, entgegen, indem er zunächst auf die hohe Besucherzahl des Gartens hinweist. Die Ansicht des Kaisers, „der Arbeiter genieße sich, in den Berliner Zoologischen Garten zu gehen“, beruhe wohl auf einer irrigen Information seiner Berater. Der „Kleine Mann“ habe in Berlin die Möglichkeit, für 25 Pfennig die schönen Parkanlagen des Zoologischen Gartens, die reichste Tierammlung der Welt zu besichtigen und ein gutes räumliches Trennung der Restaurationsteile am großen Konzertplatz selbst eine den kleinen Mann vielleicht „genierende“ Verührung - wenn von diesem Gefühl überhaupt die Rede sein kann - mit den obersten Kreisen nicht zu befürchten.

In den wissenschaftlichen Kreisen - so schloß Direktor Meißner - gilt es als ausgemacht, daß ein Tierpark wie der von Stellingen mit seiner relativ kleinen Zahl von Tierarten und seinen Schauwert selbst den kleinsten zoologischen Garten nicht erreichen kann, weil zoologische Gärten mit ihren systematischen Vorführungen aller erreichbaren Tierarten allein Bildungswert für Erwachsene und Schüler haben.

224 967 Schulkinder in Berlin. Im laufenden Sommerhalbjahr sind in den städtischen Gemeindeforschulen Berlins 2466 Anabenklassen, 2494 Mädchenklassen, 101 gemischte Klassen, 24 Vorklassen und 167 Nebenklassen vorhanden. Eingeschult sind 111 806 Anaben und 114 001 Mädchen, zusammen 224 967 Schulkinder. Davon befinden sich 3021 in Vorklassen und Nebenklassen.

Das Opfer eines entsehligen Anglücksfalles wurde der 26jährige Bootsmann Fritz Rung. Er war auf dem Lastkahn des Weyhlers Rogge beschäftigt. Gegenwärtig liegt das Fahrzeug auf dem Müggelsee vor Anker. Als der Bootsmann beim Aufpöppeln des Rahmes tätig war, geriet er mit dem linken Bein in eine Schlinge des Drahtseiles. Durch den plötzlichen Auf beim Anhalten wurde die Schlinge mit solcher Wucht zusammengezogen, daß dem jungen Menschen das Bein bis zum Knie abgerissen wurde. Der Verunglückte fand im Krankenhaus zu Friedrichshagen Aufnahme.

Ein Diebstahl auf dem Hofe des Postpaketamts beschäftigt die Kriminalpolizei. Ein Handdiener wollte vorgestern gegen 10 1/2 Uhr vormittags auf dem Paketamt in der Oranienburger Straße zwei Pakete mit Erde aufgeben. Als er auf einen Augenblick hinaustrat, legte er die Pakete, deren Inhalt 1500 Mark wert ist, in einem grünen Tragkoff auf einen leeren Handwagen, der auf dem Hofe stand. Bei seiner Rückkehr waren sie mit dem Tiere verschwunden.

Vermißt. Die Tochter des in Berlin, Carmen-Schlva-Strasse 88, wohnhaften Maurers Mantke, Marie Mantke, wurde Anfang dieses Jahres aus der Fürsorge entlassen, da sie großjährig geworden war. Nach Angabe der Eltern ist sie spurlos verschwunden. Die Vermißte ist ein Strüppel. Es mußten ihr vor etwa 1 1/2 Jahren beide Unterentel abgenommen werden, die durch künstliche Beine ersetzt sind. Angesichts dieses Zustandes, der das plötzliche Verschwinden aus eigener Kraft unwahrscheinlich macht, wird befürchtet, daß die Mantke verschleppt worden ist. Da polizeiliche und private Nachforschungen zu keinem Ergebnis geführt haben, wird versucht, vielleicht durch Anrufung der Öffentlichkeit etwas über den Verbleib des Mädchens zu erfahren. Die städtische Frauendeputation nimmt ebenso wie die Polizeibehörden Nachrichten entgegen. Die Gesuchte ist am 27. Januar 1890 zu Hegetmühle geboren.

In der öffentlichen Bibliothek, Adalbertstr. 41, werden in der Zeit vom 22. Juni bis 1. Juli inf. keine Bücher verliehen. Die in den Händen der Leser befindlichen Bücher müssen zum Zweck der Inventuraufnahme bis zum 24. d. M. zurückgegeben werden. Der Lesesaal, in dem 541 Zeitungen und Zeitschriften aller Parteien und Richtungen ausliegen, ist nach wie vor abends von 6 1/2 bis 10 Uhr geöffnet.

Im Apollo-Theater beginnt Harry Walden am 1. Juli ein längeres Gastspiel; zur Aufführung gelangt „Sein Herzensjunge“, Vaudeville mit Gesang und Tanz in zwei Akten.

Auf dem Wege von der Wiesenstraße bis Adlerstraße hat ein Arbeiter ein Portemonnaie mit Geld und einigen Lotterielosen verloren. Der Finder wird gebeten, das Portemonnaie bei Theob. Vornemannstr. 7, Luergebäude III, abzugeben.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 17. Mai dieses Jahres nachmittags 1 1/2 Uhr in der Oranienburger neben Wertheim ein Kutcher von Schupplenten arretiert und zur Polizeiwache gebracht wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Urbanell, Zoepfstr. 5, Seitenflügel IV, abzugeben.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 5,00 M. Franzüberflus vom Wais- und Lombourverein „Norden“, 45,05 M. aus der Werkskassa der Firma Cohn u. Sohn, Köpenicker Str. 113a, 5,65 M. Ueberflus einer amerik. Kassa auf der Herrensparthe des Wais- und Lombourvereins „Norden“, 2,55 M. Rest einer Sammlung von einigen Kollegen der Firma Vereinigte Fabriken für Laboratoriumbedarf, Schandorfstr. 23, 17,95 M. Franzüberflus von den Arbeitern der „Anordbrenn“, 10,00 M. von den Arbeitern der Tapetenwerkstatt Georg Bahn.

R. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25. Juni: Sommerabendfeier am Leipziger See, Lornows Jbhl. Abf. I. Görl. Bahn. Sonnabend nachm. 8,25 nach Gr. Bellen; II. Abf. Bahnh. Sonnabend abend 7,05 nach Wandsdorf; III. Görl. Bahn. Sonnabend abend 7,15 nach Gr. Aders; IV. Görlitzer Bahn. Sonnabend abend 9,40 nach Leipzig-Gr. Aders.

Vorwand der Freireichlichen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhölzer Straße 11/12: Vortrag.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Städtischer Wohnungsnachweis. Im Hinblick auf den bevorstehenden Lazungstermin weisen wir auf den von der Stadt Charlottenburg seit einiger Zeit in dem Hause Lägower Str. 8a eingerichteten kostenlosen Wohnungsnachweis hin. Vermittelt werden Wohnungen von 1 und 2 Zimmern (außer der Küche). Der Wohnungsnachweis ist in der Lage, den Wohnungsuchenden eingehende Mitteilungen zu machen über die Größe, die Lage, den Mietpreis und die Bezugszeit der zu vermietenden Wohnungen. In den meisten Fällen steht auch eine kleine Grundrißskizze zur Verfügung, aus der die Lage der Räume zu einander hervorgeht. Auf diese Weise wird dem Mieter das Wohnungsuchen bedeutend erleichtert; er braucht nicht mehr, wie bisher, Straße für Straße abzulassen, um eine Anzahl von Wohnungen zu besichtigen, die nur zum kleinen Teile für ihn passen; der Wohnungsnachweis setzt ihn in die Lage, sich mit Hilfe des dort angelegten Verzeichnisses drei oder vier für ihn passende Wohnungen herauszuwählen, unter denen er sich dann ohne große Mühe die für ihn geeignetste auswählen kann. Er erspart also viel unnütze Lauferei und hat dazu die Gewißheit, auch eine möglichst für ihn passende Wohnung zu finden.

Zu dem Schuppenbrand am Montagnachmittag an der Ecke der Morie- und Helmholzstraße, worüber wir in der Dienstagnummer des „Vorwärts“ berichteten, teilt uns die Firma Müller, Inhaberin der Ristenfabrik, mit, daß das Feuer auf einem Lagerplatz in ziem-

— **Sußer, Marefchr. 15.** 1. und 2. Kell. Es wird dann über Schenkungsweise ein, in der Regel höherer Betrag, angenommen. 3. Ja. Bei Nichtangabe der geschätzten Betrag. 4. Ja. Stellen Sie noch anheim, die Karte beim Arbeitsgeber einzulegen. — **H. S. 46.** Ein an-gemeinlicher Betrag, je nach Art und Dauer der Leistung. Mit der Anschlag lediglich zum Zwecke des Bewerbes eingeleitet, so haben Sie keinen Anspruch. — **G. S. 100.** 1. Soweit ersichtlich, erst vom 13. April ab. 2. Bei Beschäftigung spätestens zu dem Zeitpunkt zu dem das Recht auf Krankengeld erlischt. — **W. W. 7000.** 1. Kein. 2. bis 4. Wenn Sie die Abzahlungen aus Ihren, nicht aus Mitteln der Frau, geleistet haben, so kann darin ein Anrechnungsfakt geahndet werden, andernfalls nicht. 1. Wegen des Rechtes kann neu geahndet werden. 2. bis 11. Die Sache

ist, soweit Ihre Verfügungen erkennen lassen, rechtskräftig erledigt. Eine neue Klage ist daher unzulässig, deshalb erübrigt sich ein Eingehen auf die einzelnen Fragen. — **Wo und wie.** Ja. In das Sommergerichtsgericht. — **H. S. 122.** Den Gewertrag schließen Sie bei einem beliebigen Notar. — **H. S. 100.** Anfechtend nicht, falls nicht die etwa vorhandenen Einreden etwas anderes bestimmen. — **Fort.** Durch Erklärung an notariellem Protokoll, die dann dem Nachlassgericht einzureichen ist. — **S. S. 33.** Sofern nur ein eheliches Kind vorhanden ist: nein. — **S. 108.** 1. Innerhalb eines Monats, 2. Nicht erforderlich, Wenden Sie sich an das Zentralarbeitssekretariat, Berlin, Engelauer 15. 3. Fragen Sie bei der Charité, Berlin, an. 4. Reichsversicherungsamt Berlin, Königin-Augusta-Str. 25/27. — **H. S. 137.** Ausschließend, da die im Gesetz vor-

gesehene zweijährige Frist verstößt. — **H. S. 20.** Durch den Aufenthalt im Auslande erlischt der Rentenanspruch nicht. Sie müssen aber un-erzüglich der Berufsgenossenschaft Mitteilung von Ihrem Aufenthaltsort im Auslande oder einem Wechsel desselben machen, sich auch auf Verlangen der Berufsgenossenschaft bei dem zuständigen deutschen Konsul oder einer anderen deutschen Behörde stellen. — **D. 22.** 1. Vom 28. Juni ab. 2. u. 3. Wenn im Mietvertrag nichts anderes vereinbart ist, alljährlich — einm. Sonntags — zwischen 10 und 6 Uhr. 4. Tagen in der Mieter be-rechtigt. 5. Ja. — **H. R. 100 Rixdorf.** Wenn die Wäsche nicht be-messbar ist — wofür Zeugnis vorhanden sein müssen —, ist der Wert zur Erstattung der Unkosten, die durch anderweitiges Waschen entstehen, verpflich-tet. — **D. W.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Können Sie in die Sprechstunde

Dresdner Bank.

Aktienkapital: M. 200 000 000. Reservefonds: M. 61 000 000.

Für die Reisezeit

empfehlen wir zur sicheren Aufbewahrung von Wertpapieren, Dokumenten, Geschmeiden, Gold- und Silbergeräth die eisernen Schranktücher in den

Stahlkammern

unserer Wechselstuben:

- | | |
|---|--|
| Berlin W. , Französischest. 35/36
(nahe Hedwigskirche)
W. , Potsdamerstr. 126
(nahe Elohornstr.)
W. , Potsdamerstr. 103a
(Ecke Kurfürstendamm)
W. , Kurfürstendamm 238
(Kais.-Wilh.-Gedächtnisk.)
W. , Kurfürstendamm 216
(Ecke Pafanenstr.)
W. , Kurfürstendamm 181
(Ecke Konstanzerstr.)
C. , Königstr. 33
(Alexanderplatz)
S. , Oranienstr. 145/146
(Moritzplatz)
SW. , Friedrichstr. 204
(Ecke Schützenstr.)
SW. , Lindenstr. 7
(Ecke Neuenburgerstr.)
O. , Frankfurter Allee 1/2
(Ringbahnhof)
NO. , Gr. Frankfurterstr. 32
(Ecke Fürstenwalderstr.)
NO. , Gräfswalderstr. 205
(Ecke Marienburgerstr.)
N. , Schönhauser Allee 144
(Ecke Eberswalderstr.)
N. , Badstr. 35/36
(Gesundbrunnen)
N. , Müllerstr. 6
(am Wedding)
NW. , Turmstr. 27
(Ecke Stromstr.)
Spandau , Potsdamerstr. 31/32 (Nikolaikirche). | Charlottenburg ,
Berlinerstr. 58
(nahe Hauptpostamt)
Kaiserdamm 118
(Ecke Suarezstr.)
Wilmerdorf ,
Hohenzollerndamm 196
(Ecke Umlandstr.)
Schöneberg , Hauptstr. 18
(gegenüb. d. Rathaus)
Barbarossastr. 45
(Ecke Berchtesgadenerstr.)
Friedenau , Rheinstr. 1/2
(Ecke Schmargendorferstr.)
Südwest-Korso 77
(Ecke Kaiserallee)
Steglitz , Schloßstr. 85
(gegenüb. d. Rathaus)
Groß-Lichterfelde ,
Ost: Jungfernstieg 3
(Ecke Bahnhofstr.)
West: Karlstraße 114
(Wanneseebahnhof)
Tempelhof , Berlinerstr. 8
(nahe Ringbahnhof)
Rixdorf , Kottbuserdamm 79
(Hohenstaufenplatz)
Berlinerstr. 56/57
(nahe Hauptpostamt)
Pankow , Schönholzerstr. 1
(am Rathaus)
Tegel , Berlinerstr. 99
(nahe Hauptstr.) |
|---|--|

An diesen Geschäftsstellen, sowie an unseren Wechselstuben:

- BERLIN** W., Metzstr. 66 (Ecke Martin Lutherstr.)
C., Spittelmarkt 4/7
S., Neue Rößstr. 1 (Neue Jakobstr.)
SW., Belle-Alliancestr. 107 (Hallesches Tor)
O., An der Jannowitzbrücke 1
SO., Köpenickerstr. 1 (Schlossisches Tor)
SO., Wienerstr. 11 (Görlitzer Bahnhof)
NO., Landabergerstr. 100 (Büschingplatz)
N., Brunnenstr. 2 (Rosenthaler Tor)
N., Chausseestr. 130 (Oranienburger Tor)
NW., Fiensburgerstr. 19a (Ecke Lessingstr.)

werden auch verschlossene Depots (Pakete, Kisten, Körbe, Koffer), welche verschürt und versiegelt ein-zureichen sind, in Verwahrung genommen.

5 Pfd. Limonadesirup aus 75 Pf.
1 fl. Orig. - Reidel - Extrakt für 75 Pf.

durch einfaches Aufkochen mit Zucker, von reinem Frucht-geschmack und edlem Aroma, in Himbeer, Erdbeer, Kirsch, Zitronen, Granadina, Orangen usw. Köstlich zu Nachspeisen und Limonaden. Der Kinder liebster Getränk. Vollkommen halt-bar. Unglaublich vorteilhaft, nur nach einem Versuche hat man den richtigen Begriff. In den Drogerien erhältlich. Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel**, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Fern-sprecher IV, 4751, 4752, 4753. Vor Nachahmungen schützt die Eukheiltsmarke Lichtherz.

Manufakturwaren-Sortiments-Geschäft

R. & S. Moses

nur! Reinickendorfer Str. 9-10
an der Markthalle „Wedding“.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

An unsere werte Kundschaft!

Um unserem Personal eine größere Erholungsmöglichkeit zu geben, bleibt unser Geschäft bis auf weiteres an den **Sonntagen von 10 Uhr ab geschlossen**. Wir bitten daher, die Einkäufe morgens :::: von 8 bis 10 Uhr zu besorgen. ::::

Nach beendeter Saison haben wir unsere Lager in **Waschstoffen, Blusen, Kostümröcken, Jacketts, Staubmänteln, Reise-, Bade-Artikeln und konfektionierten Weißwaren**

::: bis 25 Prozent im Preise herabgesetzt. :::

Verlangen Sie Rabattmarken oder 5 Prozent in bar!

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/116, a. Oranienbr.
Zer. Elg. Brack, Oranienbr.
1.50, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 16.00, 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 21.00, 22.00, 23.00, 24.00, 25.00, 26.00, 27.00, 28.00, 29.00, 30.00, 31.00, 32.00, 33.00, 34.00, 35.00, 36.00, 37.00, 38.00, 39.00, 40.00, 41.00, 42.00, 43.00, 44.00, 45.00, 46.00, 47.00, 48.00, 49.00, 50.00, 51.00, 52.00, 53.00, 54.00, 55.00, 56.00, 57.00, 58.00, 59.00, 60.00, 61.00, 62.00, 63.00, 64.00, 65.00, 66.00, 67.00, 68.00, 69.00, 70.00, 71.00, 72.00, 73.00, 74.00, 75.00, 76.00, 77.00, 78.00, 79.00, 80.00, 81.00, 82.00, 83.00, 84.00, 85.00, 86.00, 87.00, 88.00, 89.00, 90.00, 91.00, 92.00, 93.00, 94.00, 95.00, 96.00, 97.00, 98.00, 99.00, 100.00, 101.00, 102.00, 103.00, 104.00, 105.00, 106.00, 107.00, 108.00, 109.00, 110.00, 111.00, 112.00, 113.00, 114.00, 115.00, 116.00, 117.00, 118.00, 119.00, 120.00, 121.00, 122.00, 123.00, 124.00, 125.00, 126.00, 127.00, 128.00, 129.00, 130.00, 131.00, 132.00, 133.00, 134.00, 135.00, 136.00, 137.00, 138.00, 139.00, 140.00, 141.00, 142.00, 143.00, 144.00, 145.00, 146.00, 147.00, 148.00, 149.00, 150.00, 151.00, 152.00, 153.00, 154.00, 155.00, 156.00, 157.00, 158.00, 159.00, 160.00, 161.00, 162.00, 163.00, 164.00, 165.00, 166.00, 167.00, 168.00, 169.00, 170.00, 171.00, 172.00, 173.00, 174.00, 175.00, 176.00, 177.00, 178.00, 179.00, 180.00, 181.00, 182.00, 183.00, 184.00, 185.00, 186.00, 187.00, 188.00, 189.00, 190.00, 191.00, 192.00, 193.00, 194.00, 195.00, 196.00, 197.00, 198.00, 199.00, 200.00, 201.00, 202.00, 203.00, 204.00, 205.00, 206.00, 207.00, 208.00, 209.00, 210.00, 211.00, 212.00, 213.00, 214.00, 215.00, 216.00, 217.00, 218.00, 219.00, 220.00, 221.00, 222.00, 223.00, 224.00, 225.00, 226.00, 227.00, 228.00, 229.00, 230.00, 231.00, 232.00, 233.00, 234.00, 235.00, 236.00, 237.00, 238.00, 239.00, 240.00, 241.00, 242.00, 243.00, 244.00, 245.00, 246.00, 247.00, 248.00, 249.00, 250.00, 251.00, 252.00, 253.00, 254.00, 255.00, 256.00, 257.00, 258.00, 259.00, 260.00, 261.00, 262.00, 263.00, 264.00, 265.00, 266.00, 267.00, 268.00, 269.00, 270.00, 271.00, 272.00, 273.00, 274.00, 275.00, 276.00, 277.00, 278.00, 279.00, 280.00, 281.00, 282.00, 283.00, 284.00, 285.00, 286.00, 287.00, 288.00, 289.00, 290.00, 291.00, 292.00, 293.00, 294.00, 295.00, 296.00, 297.00, 298.00, 299.00, 300.00, 301.00, 302.00, 303.00, 304.00, 305.00, 306.00, 307.00, 308.00, 309.00, 310.00, 311.00, 312.00, 313.00, 314.00, 315.00, 316.00, 317.00, 318.00, 319.00, 320.00, 321.00, 322.00, 323.00, 324.00, 325.00, 326.00, 327.00, 328.00, 329.00, 330.00, 331.00, 332.00, 333.00, 334.00, 335.00, 336.00, 337.00, 338.00, 339.00, 340.00, 341.00, 342.00, 343.00, 344.00, 345.00, 346.00, 347.00, 348.00, 349.00, 350.00, 351.00, 352.00, 353.00, 354.00, 355.00, 356.00, 357.00, 358.00, 359.00, 360.00, 361.00, 362.00, 363.00, 364.00, 365.00, 366.00, 367.00, 368.00, 369.00, 370.00, 371.00, 372.00, 373.00, 374.00, 375.00, 376.00, 377.00, 378.00, 379.00, 380.00, 381.00, 382.00, 383.00, 384.00, 385.00, 386.00, 387.00, 388.00, 389.00, 390.00, 391.00, 392.00, 393.00, 394.00, 395.00, 396.00, 397.00, 398.00, 399.00, 400.00, 401.00, 402.00, 403.00, 404.00, 405.00, 406.00, 407.00, 408.00, 409.00, 410.00, 411.00, 412.00, 413.00, 414.00, 415.00, 416.00, 417.00, 418.00, 419.00, 420.00, 421.00, 422.00, 423.00, 424.00, 425.00, 426.00, 427.00, 428.00, 429.00, 430.00, 431.00, 432.00, 433.00, 434.00, 435.00, 436.00, 437.00, 438.00, 439.00, 440.00, 441.00, 442.00, 443.00, 444.00, 445.00, 446.00, 447.00, 448.00, 449.00, 450.00, 451.00, 452.00, 453.00, 454.00, 455.00, 456.00, 457.00, 458.00, 459.00, 460.00, 461.00, 462.00, 463.00, 464.00, 465.00, 466.00, 467.00, 468.00, 469.00, 470.00, 471.00, 472.00, 473.00, 474.00, 475.00, 476.00, 477.00, 478.00, 479.00, 480.00, 481.00, 482.00, 483.00, 484.00, 485.00, 486.00, 487.00, 488.00, 489.00, 490.00, 491.00, 492.00, 493.00, 494.00, 495.00, 496.00, 497.00, 498.00, 499.00, 500.00, 501.00, 502.00, 503.00, 504.00, 505.00, 506.00, 507.00, 508.00, 509.00, 510.00, 511.00, 512.00, 513.00, 514.00, 515.00, 516.00, 517.00, 518.00, 519.00, 520.00, 521.00, 522.00, 523.00, 524.00, 525.00, 526.00, 527.00, 528.00, 529.00, 530.00, 531.00, 532.00, 533.00, 534.00, 535.00, 536.00, 537.00, 538.00, 539.00, 540.00, 541.00, 542.00, 543.00, 544.00, 545.00, 546.00, 547.00, 548.00, 549.00, 550.00, 551.00, 552.00, 553.00, 554.00, 555.00, 556.00, 557.00, 558.00, 559.00, 560.00, 561.00, 562.00, 563.00, 564.00, 565.00, 566.00, 567.00, 568.00, 569.00, 570.00, 571.00, 572.00, 573.00, 574.00, 575.00, 576.00, 577.00, 578.00, 579.00, 580.00, 581.00, 582.00, 583.00, 584.00, 585.00, 586.00, 587.00, 588.00, 589.00, 590.00, 591.00, 592.00, 593.00, 594.00, 595.00, 596.00, 597.00, 598.00, 599.00, 600.00, 601.00, 602.00, 603.00, 604.00, 605.00, 606.00, 607.00, 608.00, 609.00, 610.00, 611.00, 612.00, 613.00, 614.00, 615.00, 616.00, 617.00, 618.00, 619.00, 620.00, 621.00, 622.00, 623.00, 624.00, 625.00, 626.00, 627.00, 628.00, 629.00, 630.00, 631.00, 632.00, 633.00, 634.00, 635.00, 636.00, 637.00, 638.00, 639.00, 640.00, 641.00, 642.00, 643.00, 644.00, 645.00, 646.00, 647.00, 648.00, 649.00, 650.00, 651.00, 652.00, 653.00, 654.00, 655.00, 656.00, 657.00, 658.00, 659.00, 660.00, 661.00, 662.00, 663.00, 664.00, 665.00, 666.00, 667.00, 668.00, 669.00, 670.00, 671.00, 672.00, 673.00, 674.00, 675.00, 676.00, 677.00, 678.00, 679.00, 680.00, 681.00, 682.00, 683.00, 684.00, 685.00, 686.00, 687.00, 688.00, 689.00, 690.00, 691.00, 692.00, 693.00, 694.00, 695.00, 696.00, 697.00, 698.00, 699.00, 700.00, 701.00, 702.00, 703.00, 704.00, 705.00, 706.00, 707.00, 708.00, 709.00, 710.00, 711.00, 712.00, 713.00, 714.00, 715.00, 716.00, 717.00, 718.00, 719.00, 720.00, 721.00, 722.00, 723.00, 724.00, 725.00, 726.00, 727.00, 728.00, 729.00, 730.00, 731.00, 732.00, 733.00, 734.00, 735.00, 736.00, 737.00, 738.00, 739.00, 740.00, 741.00, 742.00, 743.00, 744.00, 745.00, 746.00, 747.00, 748.00, 749.00, 750.00, 751.00, 752.00, 753.00, 754.00, 755.00, 756.00, 757.00, 758.00, 759.00, 760.00, 761.00, 762.00, 763.00, 764.00, 765.00, 766.00, 767.00, 768.00, 769.00, 770.00, 771.00, 772.00, 773.00, 774.00, 775.00, 776.00, 777.00, 778.00, 779.00, 780.00, 781.00, 782.00, 783.00, 784.00, 785.00, 786.00, 787.00, 788.00, 789.00, 790.00, 791.00, 792.00, 793.00, 794.00, 795.00, 796.00, 797.00, 798.00, 799.00, 800.00, 801.00, 802.00, 803.00, 804.00, 805.00, 806.00, 807.00, 808.00, 809.00, 810.00, 811.00, 812.00, 813.00, 814.00, 815.00, 816.00, 817.00, 818.00, 819.00, 820.00, 821.00, 822.00, 823.00, 824.00, 825.00, 826.00, 827.00, 828.00, 829.00, 830.00, 831.00, 832.00, 833.00, 834.00, 835.00, 836.00, 837.00, 838.00, 839.00, 840.00, 841.00, 842.00, 843.00, 844.00, 845.00, 846.00, 847.00, 848.00, 849.00, 850.00, 851.00, 852.00, 853.00, 854.00, 855.00, 856.00, 857.00, 858.00, 859.00, 860.00, 861.00, 862.00, 863.00, 864.00, 865.00, 866.00, 867.00, 868.00, 869.00, 870.00, 871.00, 872.00, 873.00, 874.00, 875.00, 876.00, 877.00, 878.00, 879.00, 880.00, 881.00, 882.00, 883.00, 884.00, 885.00, 886.00, 887.00, 888.00, 889.00, 890.00, 891.00, 892.00, 893.00, 894.00, 895.00, 896.00, 897.00, 898.00, 899.00, 900.00, 901.00, 902.00, 903.00, 904.00, 905.00, 906.00, 907.00, 908.00, 909.00, 910.00, 911.00, 912.00, 913.00, 914.00, 915.00, 916.00, 917.00, 918.00, 919.00, 920.00, 921.00, 922.00, 923.00, 924.00, 925.00, 926.00, 927.00, 928.00, 929.00, 930.00, 931.00, 932.00, 933.00, 934.00, 935.00, 936.00, 937.00, 938.00, 939.00, 940.00, 941.00, 942.00, 943.00, 944.00, 945.00, 946.00, 947.00, 948.00, 949.00, 950.00, 951.00, 952.00, 953.00, 954.00, 955.00, 956.00, 957.00, 958.00, 959.00, 960.00, 961.00, 962.00, 963.00, 964.00, 965.00, 966.00, 967.00, 968.00, 969.00, 970.00, 971.00, 972.00, 973.00, 974.00, 975.00, 976.00, 977.00, 978.00, 979.00, 980.00, 981.00, 982.00, 983.00, 984.00, 985.00, 986.00, 987.00, 988.00, 989.00, 990.00, 991.00, 992.00, 993.00, 994.00, 995.00, 996.00, 997.00, 998.00, 999.00, 1000.00

Von der Reise zurück
Dr. med. und jur. Max Goldschmidt,
Friedrichstr. 15.

Grundbegriffe der Politik, von
Friedrich Staupfer. Gebunden 3 Mk.
Buchhandlung Vorwärts, Linden-
straße 69 (Laden).

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Höchste Leistungsfähigkeit

durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schaldecken à 3, 4, 10 bis 50 „
Echt. Kameelhaar à 10 bis 35 „

Spezialkatalog

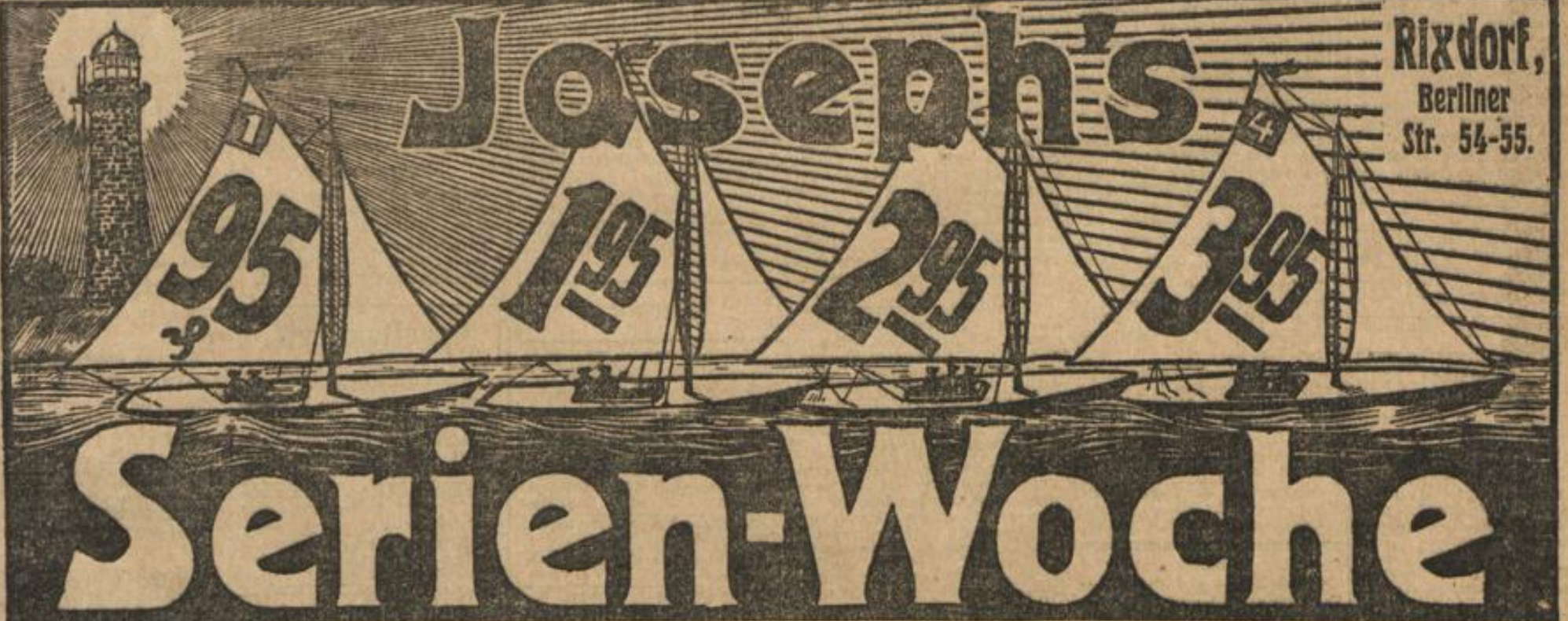
mit ca. 650 Abbildung gratis u. franko.



Dr. Landmann's
Putz-Pulver
in Paketen à 5, 10 u. 20 Pf.

Achtung!

Havana - Seedleaf
Sandblatt, hell, leicht und zart-blättrig, als Deckblatt sehr zu empfehlen, per Pfd. M. 1.50.
Seedleaf-Umblatt
p. Pfd. M. 1.40, 1.50 u. 1.60.
Hamburger Rohtabak-Haus,
Filiale: Berlin N.
Brunnen-Strasse 25.



Rixdorf,
Berliner
Str. 54-55.

Serien-Woche

Von Sonnabend, den 17. Juni bis Sonnabend, den 24. Juni.

Während dieser Zeit

